

# Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Auf:

Aboementspreis für Bergleute 60 Pf. pro Monat  
1,50 M. pro Quartal frei ins Haus.  
Durch die Post bezogen pro Monat 1,50 M., pro Quartal 4,50 M.  
Einzelne Nummern kosten 1 M.  
Postzeitungsspreisliste Nr. 1768.

Anzeigen kosten die sechsgesparte Zeitungsseite resp. deren Drittel  
60 Pf.  
Bei sonstiger Aufnahme 20 Prozent Rabatt.

18 : 80  
26 : 40

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Langhorst, Hüttencheid-Essen.

Druck und Verlag von S. Möller-Bochum, Schaumburgstraße 12.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. — Bei Abo und unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

## Organ zur Förderung der berg- und hüttenmännischen Interessen.

### Achtung Verbandsmitglieder.

Kameraden, es ist auch durch unsere Verbandszeitung bekannt gemacht worden, daß wir sehr ernsten Zeiten entgegen gehen. Die Unternehmer wollen ein Lohnstückertariff bilden, die flotten Gesellschaft ist im Nachlassen begriffen. Es gilt den drohenden Gefahren rechtzeitig und praktisch zu begegnen. Die Seiten von 1892/93 dürfen nicht wiederkommen; damals ist unser Verband stark zurück gegangen nicht zuletzt infolge der hereinbrechenden Arbeitslosigkeit. Heute sind wir zwar innerlich weit gesetzter wie früher, unser Verband bietet einen Mitglieder auch direkte Vorteile, aber wir haben heute auch höhere Aufgaben. Unter allen Umständen muß unsere Organisation auch in schlechter Geschäftssituation wachsen, damit wir später nicht noch einmal wieder von vorne anfangen haben.

Kameraden, solange die gute Konjunktur noch herrscht — und das wird mindestens im kommenden Herbst mit Winter der Fall sein — muss energisch die Agitation aufgenommen werden! Berufsversammlungen ein, vertheilt gründlich die erhaltenen Zeitungsläppchen, wo keine Säle sind, da nach Sonntag für Sonntag Haussagitation betrieben werden, die auch sehr viele Fortschritte bringt. Jetzt wo die kleine Jahreszeit eintritt, da muß wieder umfassende Agitation betrieben werden, denn nun sind die Berufsgenossen nicht mehr so häufig „ausgelogen“.

Jede Zahlstelle muß es als ihre Ehre ansehen, am Jahresabschluß gehörig verstärkt, womöglich verdoppelt zu sein! Jedes Verbandsmitglied, nicht nur die Vertrauensleute, ist verpflichtet, in einem Kreise auszugehen zu agitieren. Wo Verluste eintreten, da müssen mindestens diese stets ausgeglichen werden durch neue Mitglieder. Auch in der schlechtesten Zeit darf kein dauernder Rückgang eintreten. Die Verbandskameraden müssen nun zeigen, daß sie gelernt haben zu organisieren. Auf der nächsten Generalversammlung muß der Ort mit Stolz auf angemessene Mitgliederzahl hinweisen können, trotz aller Schwierigkeiten. Würde ein Ort, oder ein Neuer mit Rückgang antworten, so wäre das kein gutes Zeugnis für die Intelligenz und Pflichtigkeit der betr. Kameraden. Der Vorstand sowie die sonstigen Funktionäre des Verbandes sind stets bereit, nach Möglichkeit mit allen Kräften Hilfe zu leisten, wo es verlangt wird.

Auch ist allezeit für monatliche vollständige Abrechnung zu sorgen. Die Revisoren, Zeitungsboten und Vertreter müssen haben die stärkste Pflicht, vertheilt die Beiträge einzutragen, jeden Monat von allen Mitgliedern! Man muß von Haus zu Haus die Beiträge einzufordern, wenn sie rückständig sind. Wer über die üblicherliche Zeit im Rückstand bleibt, wird am besten ausgeschlossen. Vorher muß dies dem Betreffenden warrend mitgetheilt werden, damit er sich die Sache überlegt. Denn jeder Anstrengende oder Ausschlossene hat einen direkten, sicheren Verlust von 60 Mark (Sterbegeld), außerdem geht ihm die eventl. Gewinnregelunterstützung verloren. Kommt ein Mitgliedsbuch bei uns an, dessen verstorbenen Inhaber auch nur eine Woche zu lange mit den Beiträgen im Rückstande war, so können wir den Hinterbliebenen das Sterbegeld nicht auszahlen! Sorge darum jeder für Ordnung in seinem Mitgliedsbuch; dann er selbst nicht zur Versammlung kommen, so lege er das Geld in Haufe parat, damit der Bote es nach Quittierung mitnehmen kann. Freilich auch gegen seitig die Arbeit! Hochachtig ist, daß mindestens alle 3 Monate die Vertrauensleute und Revisoren gründlich die Listen erwidern und die Rückständigen persönlich am Hause aufsuchen. Leicht erzielen wir auf kein Mitglied, alle Kameraden müssen der Organisation erhalten bleiben. Sorgt daß bis zum Abend des 15. die Monatsabrechnung an der Hauptkasse steht Geld, damit die Revisantin nichts verschwindet.

Nun frisch auf zur neuen „Herbstaison“; sie muß uns weitere Kräfte zuführen. Keiner denkt es sei genug gethan, überall ist noch zu angefangen zu arbeiten.

Mit Glück Auf

Der Vorstand.

### Die preußischen Bergleute im Jahre 1899.

Soeben geht uns die erste statistische Beilage der „Zeitschrift für Bergbau, Salinen- und Hüttenkunde“ pro 1900 zu. Sie enthält die wichtigsten Zahlen über den preußischen Bergbau, seine Arbeiter und ihre Verhältnisse (Arbeit, Arbeitszeit, Verunglücksungen).

Heute sei nur einiges von dem sehr reichhaltigen Material mitgetheilt; es findet sich später immer reichlich Gelegenheit, auf die mitgetheilten Bissens zu zurückkommen.

Recht freudig begrüßen wir, daß endlich unserer Unregung Folge geleistet ist und die Beleidigung der Belegschaft in ober- und unterirdische auch bezgl. der Unfallszählung durchgeführt wurde. Welche Bedeutung dieser Änderung hat, werden wir noch sehen. Zusammengestellt waren im preußischen Bergwesen 465 085 Arbeiter thätig. Wie sich diese Masse auf die einzelnen Bergbauarten verteilt, weist folgende Tabelle aus: Es beschäftigte Arbeiter der

unter Tage im Tagebau über Tage zusammen

Steinkohlenbergbau 265 198 6 79 165 344 368

Braunkohlenbergbau 14 812 8750 13 975 37 017

Erzbergbau 44 004 1792 21 662 67 458

Andere Mineralgewinnungen 7 194 1848 7 200 16 442

Die überragende Bedeutung des Steinkohlenbergbaus kommt deutlich zum Ausdruck. Von den Steinkohlenbergleuten arbeiteten 68 629 in Ober-Schlesien, 21 271 in Niederschlesien, 205 108 im Ruhrbezirk, 49 573 im Saar- u. Wurmgebiet, 29 087 Braunkohlenarbeiter häuften im Bezirk Halle, Böhm. Weissenfels, 488 Salzbergleute waren im Magdeburg-Erfurter Bezirk ansässig. Von den Erzbergleuten wurden 13 480 in Ober-Schlesien, 18 855 im Halle Bezirk und 32 927 im Bonner Gebiet (Siegen-Nassau und linkes Rheinufer) geführt. Aus diesen Angaben ist zu ersehen, wo die deutsche Grubenarbeiterorganisation hervorzuheben sein muß, wenn sie einen ausschlaggebenden Einfluss auf die Berufsverhältnisse ausüben will.

Zu einer Zeit, wo seit Jahresfrist die Preise für Kohlen und Erze so rapide stiegen, daß das laufende Publikum über Kritik spricht, ist es doppelt wichtig festzustellen, wie die Arbeiterleistung stand. Wir wollen nur daran erinnern, daß wir in diesem Blatte schon öfter gründliche Korrekturen an den amtlichen Lohnziffern vornehmen können, da sie in Folge der vielfach beliebten Nichtberechnung der Überhöchstziffern ein falsches Bild der Verhältnisse zeichnen. Nur erinnert sei daran, und mit diesem Vorbehalt ist folgende Lohnabelle einzunehmen. Es betrifft Schichtdauer und Schichtlohn nachbenannter Arbeitergruppen:

	Schichtdauer (der eigentlich Bergleute)	Schichtlohn 1898	1899
Steinkohlenb. Oberschlesien	10 — 12 St.	2,78 M.	2,87 M.
" " "	8 — 12 "	2,67 "	2,80 "
Braunkohlenb. Mitteldeutschl.	11,5 "	2,74 "	2,87 "
Salzberg.	8,2 — 8,5 "	3,59 "	3,64 "
Erzbergb. Mansfelds "	9 — 10,1 "	3,05 "	3,19 "
Steinkohlenb. Ruhrrevier	8 — 9 "	3,74 "	3,96 "
" Wurmgebiet	9,5 "	3,27 "	3,45 "
" Saargebiet	9 "	3,40 "	3,48 "
Erzbergb. Siegen-Nassau	8,4 — 9,1 "	3,89 "	3,27 "

Aus dieser Statistik geht erstens hervor, daß es falsch ist, von langen Schichten hohe Löhne zu erwarten; wo die längste Arbeitszeit herrscht, da wird auch der niedrigste Lohn bezahlt. Im übrigen kann auch die amtliche Angabe der Steinlehrer keinen Anspruch auf unbedingte Zuverlässigkeit machen, da nicht einmal im Ruhrbezirk mehr wirkliche 8-stündige (eigl. 6½ und 8½) Schichten versfahren werden. Auf allen Zeichen ist die Arbeitszeit um ½ — 1 Stunde verlängert worden seit Beginn der letzten Zeit.

Zweitens kann nun jeder Interessent selbst nachrechnen, daß die Erhöhung der Arbeiterlöhne nicht den Kohlenwucher verschuldet. Natürlich wird ferner gemesnet, es entfielen auf den Grubenarbeiter in

	Schichtzahl	Arbeitsleistung (in Tonnen)
1898	1899	1898
Oberschlesien	282	279
Niederschlesien	304	303
Ruhrgebiet	314	317
Saarbezirk	298	295

Ist das nicht gelungen! Trotz ständig gestiegener Überschichten soll doch die Zahl der durchschnittlichen Arbeitstage pro Kopf nur nicht im Ruhrbezirk gesunken sein! Was sagen unsere Kameraden dazu? Durchschnittlich entfällt an Leistung auf den Steinkohlenbergmann eine Tonne. Also wäre durch die Arbeitslositätsfreigabe der Tonnenpreis um 6 — 22 Pf. vertheutert worden!!! Tatsächlich ist die Kohle (pro Tonne) aber 1899 um 1 — 4 Mark teurer geworden! Wo sind die Kohlenmacherer?

Auf die wiederholte statistische Spielerei, den Arbeitern nur die geforderte Kohle, nicht aber auch Röls und andere Nebenprodukte anzurechnen, kommen wir noch ausführlich zu sprechen. Jetzt wollen wir noch kurz einen Blick werfen auf die Unfallstatistik. Von den preußischen Grubenarbeitern sind 1899 983 tödlich verunglückt, d. h. 2,114 pro 1000. Seit dem Zeitraum 1861/66, wo 2,167 Bergleute verunglückten, ist unsere Totenziffer also ziemlich stabil geblieben, während sie in England, Belgien und Frankreich zur selben Zeit um mehr als das Doppelte sank!

Auf die einzelnen Bergbauarten vertheilt, ereigneten sich folgende Todesfälle:

	1898	1899
beim Steinkohlenbergbau	929 = 2,804	797 = 2,814
" Braunkohlenbergbau	70 = 1,992	72 = 1,974
Erzbergbau	65 = 0,994	94 = 1,398

bei anderen Mineralgewinnungen 30 = 1,965 20 = 1,281

Siehe wir nur die unterirdischen Arbeiter in Betracht, so verunglückten 1899 tödlich:

	insgesamt	davon durch
beim Steinkohlenbergbau	705 = 2,658	322 = 1,252
" Braunkohlenbergbau	38 = 2,655	28 = 1,958
Erzbergbau	81 = 1,841	31 = 0,704
bei anderen Mineralgewinnungen	9 = 1,261	3 = 0,417

Hieraus ist zu ersehen, daß im Braunkohlenbergbau die Arbeiter am meisten gefährdet sind, obgleich hier die „natürlichen Bergbau-gefahren“ nicht entfernt so hoch sind, wie z. B. beim Steinkohlenbergbau. Aber die Arbeitsmethode ist wahnsinnig! Im Halle e. Braunkohlenbergbau sind sogar 3.033 Arbeiter pro 1000 tödlich verunglückt durch Stein- und Kohlenfall!!! So hoch ist diese Bissig nigrigend. Was dort für miserable Arbeitsverhältnisse herrschen, das lehrt uns wieder einmal die amtliche Unfallstatistik. Wann wird es besser??

„Münster“-Ruhrzeichen!

(Auch eine „Schwarze Liste“).

Es ist nun nie eingefallen, den Bergbehörden absichtliches Geschehenlassen von Übertritten im Werkbetrieb nachzufragen. Wir wissen vielleicht und haben dies öfter hier ausgeprägt, daß die Behörde sich die größte Mühe giebt, die erschreckend sich mehrenden Unfälle zu verhindern. An gutgemeinten Schutzvorschriften hat es die preußische, bayerische, sächsische u. Berginspektion nicht fehlen lassen; auch die Befolgung der Verordnungen wird streng überwacht — sofern es möglich ist.

Das läßt allerdings nicht aus, daß es behördliche Vertreter gibt, die nicht ihre Pflicht thun, denn in jedem Berufe giebt es Pflichtvergessene. Für unsere Berginspektoren ist das Verhältnis ihrer intime Verbindung mit dem Werksbesitzer. Wo ein Fest der Grubenbesitzer stattfindet, wo eine private oder offizielle Feier von den Grubenunternehmern veranstaltet wird, da findet sich auch die Bergbehörde ein, tafelt und toastet mit, als seien die Gastgeber die natürlichen Freunde der Grubenunternehmer. Dass dies nicht der Fall ist, daß unzählige Male die Berginspektoren von den Unternehmern und deren Angestellten hintergangen werden, dafür legen die Grubenprozesse beredtes Zeugnis ab. Die natürlichen Freunde schärfen Grubenkontrolle sind die Arbeiter; aber wie ist das Verhältnis der Bergbehörde zu den Bergleuten? Man darf ungescheut behaupten, daß die Arbeiter in dem Berginspektor meistens einen Feind sehen! Warum? Weil das Verhalten vieler Beamter dazu Anlaß giebt. Die meisten Berginspektoren entstammen bescherkleideten Ständen; sehr häufig sind es Söhne, Neffen oder sonstige Verwandte der Unternehmer. Man müßte nicht Mensch sein, wollte man nicht verstehen, daß gegenüber solchen Herren der Arbeiter von vornherein im Unrecht ist. Keine Rechtsbeugung, sondern Nichtverstehen liegt hier vor! Der Berginspektor entstammt Unternehmertreien, ist darin angezeugt, verdeckt nur mit diesen und was jene Kreise den Arbeitermännern entgegen bringen, braucht nicht erst gesagt zu werden. Dass unsere Forderung nach schärfster Grubenkontrolle dem bloßen Bedürfnis nach Hegelei entspringt, ist für den Unternehmer selbstverständlich. Mit dem undurchdringlichen Vorurteil ließ er unter Blatt auch die einleuchtendsten Schlussfolgerungen prallen an dem Interessenpanzer ab. Für jene Herren ist unser Organ einfach ein „Schmuckblatt“, wir sind „Heger“ und damit bairka.

Und solche Misschauungen nimmt der Berginspektor infolge seines intimen Umganges mit Werksinteressenten ständig in sich auf. So beeinflußt liest er unter Blatt. Dass manche Beamte nur die „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ lesen, um, ist uns ein Versehen unterlaufen, eventl. gerichtliche Klage gegen das „Schmuckblatt“ anzustrengen, haben

wir ja erlebt, ist auch sehr erklärl. Wäre nicht dennoch eine Anzahl ziemlich vorurtheilslos urtheilender Beamten vorhanden, es würde uns trotz unseres Erfers noch nicht gelungen sein, Reformation in Fluss zu bringen, bzw. kleine Verbesserungen zu erlangen. Nach die öffentliche Meinung, die angeblich gar nicht vorhanden, hat für uns gewirkt.

In den nächsten Tagen werden wir im Besitz der preuß. Berg-inspektorenberichte sein; wir wetten, die enorm gestiegene Unfallszahl ist darin wieder dem Leidkram der Arbeiter und vor allem dem starken Wechsel der Belegschaften in die Schuhe geschoben. Jahr lang bemüht wir uns, der Behörde den Unterschied zwischen Wirkung und Ursache klar zu machen. Der starke Belegschaftswechsel, ein ungemein großes Ubel, ist die Wirkung von Ursachen, die in den miserablen Arbeitsverhältnissen zu suchen sind. Vor Jahren haben wir schon unsere Kameraden gebeten, nicht so stark zu wechseln, sondern auszuhalten und genügende Betriebsverhältnisse zu erzielen. Aber wir sind in dieser Beziehung machtlos, unsere Organisation ist noch nicht in der Lage, der Arbeiternesse Disziplin an zu verleihen. An allen Ecken hindern uns Freunde daran. Wir wissen sehr genau, haben es schon vor 4 Jahren ausführlich dargelegt, daß der häufige Wechsel der Arbeitsstelle dem Ubel der Lohnstückerei nicht abhilft. Einzelne mögen Nutzen haben durch Veränderung der Arbeit, aber die große Masse profitiert nichts davon. Dagegen erhöht die starke An- und Ablegung naturgemäß die Unfallsgefahr, da der Neuangelegte immer erst Zeit braucht um mit den Eigenarten seiner neuen Arbeit vertraut zu werden. Bevor diese Vertrautheit aber erreicht ist, gelangen schon eine Menge kleinerer und größerer Unfälle. Die Bergbehörde hat also Recht, wenn sie im Interesse des

Interessant ist auch, daß in der obigen Tabelle alle unsere „alten Bekannten“ zu finden sind: „Blumenthal“, „Nordstern“, „Kaiserküch“, „Minister Stein“, „Vorwärts“, „König Friedrich“, „Steingatt“, „Karoline Glück“, „Lüder Freiburg“, „Gangkrahm“, „Alstaden“, „Westende“, alle alle sind sie da, unsere „Musterverchen“. Aus dem enormen Belegschaftswechsel der betr. Werke ist zu erscheinen, daß wir vollständig verschoben haben, jene „Musterverchen“ zu gewinnen. Wir haben nämlich nicht, sondern unser ernsthafter Wille ist, Schäden aufzudecken, damit sie geholt werden können.

Die Bergbehörde würde sich ein wirkliches Verdienst erwerben, wenn sie unserer Unregung folgte und die Ursachen der hohen Kranken- anfälle auf den einzelnen Betrieben ermittelte. Wenn dies gelingen, dann hat man auch die Uebel beseitigt, die den enormen Belegschaftswechsel verursacht. Und nicht nur im Ruhrbezirk trifft dies zu, unsere Statistik ist typisch, sie ist maßgebend auch für Sachsen, Sachsen, Saargebiet, Südbaden, Schlesien.

Au dem guten Willen der Behörde wollen wir nicht zweifeln; aber daß ihre heutige Organisation geeignet sei, die an den Tag liegenden Uebel zu beseitigen, diesen Glauben hat in Deutschland und bald keiner mehr! Auch in den Kreisen der Berginspektoren greift Enttägung Platz. Sie zweifeln an die Lösung ihrer Aufgabe, wie die amtlichen Berichte ausweisen. Frisches Blut muß durch den Organismus der Grubentrolle fließen; praktische Arbeiter, durch das Vertrauen ihrer Kameraden zum Urtheil der Gültigs- inspektoren berufen, sind allein in der Lage, die volksverachtenden Werksmühlen zu beseitigen.

## Zur Revision des Knappfchaftsklassen- wesens in Deutschland.

Vom April d. J. hat in Berlin eine Versammlung von 44 Vertretern deutscher Knappfchaftsklassen stattgefunden, wie wir seinerzeit unseren Lesern schon mittheilten. Wie wohl der Arbeiter die Meistzahlenden in der Knappfchaft sind, ihnen in dieser Linie auch alle Kassenangelegenheiten angehen, so war in Berlin doch nur ein Arbeitervertreter anwesend, nämlich über Festste Karl Wieneke-Dortmund. Herr Bruchhagen, der auch in Berlin war, wird von den Ruhrbergleuten nicht mehr als Arbeitervertreter anerkannt.

Heute endlich finden wir im „Kompass“ (Nr. 17 vom 5. Sept.) einen eingehenden Bericht über jene Verhandlungen, ein Bericht, dem aufs folge in Berlin und in der später stattgefundenen Konferenz über die geplante Revision der Knappfchaftsklassen Gesetze die Meinung der extremsten Arbeiter gegen herrschend war bei den gebachten Verhandlungen. Aus dem Bericht, den wir unten theilweise abdrucken, geht nicht hervor, daß auch nur eine Stimme sich energisch für die Vorberungen der Arbeiter erhob! Es ist absolut notwendig, daß unser Freund Wieneke-Dortmund nunmehr der Offenheitlichkeit Aufklärung giebt über den Gang der Verhandlungen, über den wir nachstehend nur die Unternehmer berichten lassen können. Trotz seines Umfangs wollen wir doch den „Kompass“-Artikel beinahe vollständig abdrucken, da er höchstwichtig ist für sämtliche Knappfchaftsälteste und -Mitglieder in Deutschland, wie zu sehen ist. Studiren daher die Arbeitervertreter genau das Nachfolgende, da es sich um Sein oder Nichtsein der Arbeiterrechte handelt.

Nach einer kurzen Einleitung fährt der „Kompass“ fort über die Verhandlungen des deutschen Knappfchaftsverbandes zu berichten:

„Außerdem fand eine Besprechung über die künftig zu erwartende Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1893 statt. In welcher Richtung die geplanten Reformen sich bewegen, welchen Umfang sie annehmen, und insofern sie insbesondere für die Knappfchaftsklassen von Einfluß sein würden, darüber sei vorläufig noch wenig bekannt. Gern gewisser Anhalt gebe allerdings eine s. B. in der „Frankfurter Zeitung“ erschienene anscheinend offiziöse Notiz, welche lautete:

„Begutachtungen zur künftigen Novelle zum Krankenversicherungsgesetz werden vom Reichstagsarztrat durch Vermittelung der Regierungspräsidenten von den Stadtkreisen und den Kreislandräthen, welche die ihnen unterstellten Krankenkassenverwaltungen darüber hören sollen, gegezwärtig eingefordert. Die Begutachtungen sollen sich auf folgende Punkte erstrecken:  
 a. Lückenloser Anschluß der Invalidenversicherung an die Krankenversicherung durch Erhöhung der gesetzlichen Mindestbauer des Krankengeldbezuges im Falle der Erwerbsunfähigkeit von 13 auf 26 Wochen; die den Kassenklassen daraus erwachsende Mehrbelastung würde etwa 15 p. ct. der Gesamtlast oder etwa 20 Millionen Mark jährlich betragen und durch Erhöhung der Beiträge zu beschaffen sein;  
 b. Vereinfachung der Organisation behufs Herstellung eines günstigeren Verhältnisses zwischen den Verwaltungskosten und den Kassenleistungen;  
 c. freie Arztwahl;  
 d. Zulassung oder Nichtzulassung nicht approbierten Personen zur ärztlichen Behandlung und Befugnis oder Nichtbefugnis zur Ausstellung von Zeugnissen durch solche Personen;  
 e. allfällige Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf das Hausgebinde und im Anschluß daran Erfordernis der Krankenversicherung auf die in den Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen;  
 f. Regelung der Krankenversicherung der Haushaltbetreibenden und ihrer Güterspänner nach den Vorställen des Reichstages bei Beratung der Gewerbeordnungsnovelle.“

Man war der Ansicht, daß von diesen 6 Punkten, über welche die Landräthe sich gutachtlings äußern sollen, für den Knappfchaftsvorstand die Punkte e und f von vornherein ausscheiden könnten. Auch der Punkt b kommt für den Verband kaum in Betracht, denn einmal seien nach der allgemeinen Statistik bei den Knappfchaftsvereinen die Ver-

waltungskosten so gering als möglich; sie bezeichnen sich im Oberbergkreisbezirk Bochum auf Durchschnittlich 1,68 M. für den Kopf, im Oberbergkreisbezirk Halle auf 1,87 M., in Clausthal auf 2,88 M., in Dortmund auf 1,12 M., in Bonn auf 1,65 M. und im Durchschnitt für alle fünf Oberbergämter auf 1,50 M. (In Prozenten der Gesamtausgabe betragen sie für 1897 nur 2,26 p. ct.) Nun andererseits sei eine Verbesserung der Verwaltungskosten überhaupt nur möglich durch Zusammenschluß der vielen kleinen Krankenkassen zu großen leistungsfähigen Verbänden, denn je größer der Verband sei, desto geringer wären natürlich im Verhältnis die Verwaltungskosten.

Von den zur Begutachtung gestellten 6 Punkten bleiben sonach nur drei, die für den Knappfchaftsverband in Betracht kommen, nämlich:

1. Empfiehlt es sich, die Mindestdauer des Krankengeldbezuges von 13 auf 26 Wochen zu erhöhen?
2. Soll die freie Arztwahl durch Gesetz obligatorisch gemacht werden?
3. Sollen nicht approbierte Personen zur ärztlichen Behandlung und Zeugnisausstellung zugelassen werden?

Zum letzten Punkt war man der Ansicht, es müsse unter allen Umständen darauf gebrungen werden, daß jeder Zweifel, der bei der gegenwärtigen Fassung noch etwa bestheile, beseitigt und in der Novelle ausdrücklich gelöst werde, daß die Kassen nur Anspruch hätten auf freie ärztliche Behandlung durch einen approbierten Arzt.

Bezüglich des ersten Punktes — Erhöhung der Mindestdauer des Krankengeldbezuges von 13 auf 26 Wochen — wurde die Frage aufgeworfen, ob es möglich sei, den Kassenklassen, ohne ernsthafte Gefährdung ihrer Leistungsfähigkeit, eine solche Mehrbelastung aufzulegen, und ob ein Bedürfnis hierzu überhaupt anzuerkennen sei.

Hierbei wurde bemerkt, daß ein großer Theil der Knappfchaftsvereine schon statutarisch die Möglichkeit habe, seinen Mitgliedern in Ausnahmefällen die Kurfrist bis zu 6 Monaten zu verlängern. Einige Vereine hätten ihren Mitgliedern freiwillig sogar eine längere Kurfrist eingeräumt. Ein Bedürfnis nach gefährlicher Ausdehnung jedenfalls weniger dringend als auffallend, ganz abgesehen davon, daß es doch die vollberechtigten Vereinsgenossen nach Ablauf der Kurfrist in den Besitz ihrer Knappfchaftspension gelangen und auch als Individualen kurberechtigt bleiben würden. Weniger günstig ständen allerdings die Minderberechtigten, die, wenn sie 13 Wochen lang in Kur gewesen wären, ohne Weiteres aus dem Vereine ausscheiden.

Die Belastung, die den Kassen durch diese Neuerung entstehen würde, sei eine recht erhebliche, und für die Knappfchaftsklassen wäre die Bedürfnisfrage nicht ohne Weiteres zu bejahen.

Zu der weiteren Frage — der freien Arztwahl — wurde zunächst darauf hingewiesen, daß schon bei Beratung der ersten Novelle zum Krankenversicherungsgesetz sich ein lebhafter Streit darüber entsponnen habe, ob nicht im Interesse des freien Selbstbestimmungsrechts des Arbeiters darauf bestanden werden müsse, daß die Wahl des Arztes auch den Krankenkassenmitgliedern frei stehe. Von der Regierung sei damals noch der Standpunkt vertreten worden, daß die freie Arztwahl wohl „ein schönes Ideal“ sei, daß aber ihre Einführung sich meist nicht erreichen läßt. So wäre man denn dazu gekommen, im Prinzip die freie Arztwahl zuzulassen (§ 6 spricht nur von freier ärztlicher Behandlung schlechthin), in dem neuen § 8a aber aber ausdrücklich zu bestimmen, daß die Kassenverbände für die ärztliche Behandlung ihrer Kassen bestimmte Ärzte anstellen und die Kosten abnehmen dürfen, die durch die Bezugnahme etwaiger anderer Ärzte entstünden. Von dieser das Prinzip der freien Arztwahl durchbrechenden Ermächtigung sei in der ersten Zeit wohl ziemlich allgemein Gebrauch gemacht worden — für die Knappfchaftsklassen galt das gleiche Prinzip schon auf Grund des § 181 des Allgemeinen Berggesetzes, wonach die Vorkände berechtigt sind, die Knappfchaftsärzte zu wählen und angestellen. In neuerer Zeit aber habe man auf das immer stärker werdende Drängen der Versicherten hin, und zwar angeblich mit recht guten Erfolgen, bei einer ganzen Anzahl größerer und kleinerer Kassen, einen Versuch mit der freien Arztwahl gemacht und einzelnen Kassen, namentlich beim großen westfälischen Knappfchaftsverein wäre man dazu übergegangen, eine Art bedingt freier Arztwahl einzuführen, d. h. den Versicherten die Wahl zu lassen, ob sie den für erster Linie zuständigen Arzt in Anspruch nehmen oder sich zu einem benachbarten anderen Arzte ummelden wollen. Damit aber sei, wie die Erfahrung lehrt (von dem Rechte der Unmeldung haben wir etwa 2 p. ct. der Beute Gebrauch gemacht), weder den Versicherten, noch den Ärzten selbst geholfen. Das Bestreben der Versicherten gehe dahin, sich von Fall zu Fall gerade an den Arzt wenden zu dürfen, zu dem sie augenblicklich das größte Vertrauen hätten, und vor allen Dingen wollten sie das Recht haben, auch während der Krankheit, wenn ihnen der zuerst angezogene Arzt aus irgend einem Grunde nicht mehr passe, einen zweiten und dritten in Anspruch zu nehmen. Die Ärzte aber hätten sich auf ihrer leichten großen Standesversammlung, dem 27. Arzttage zu Dresden, am 21./22. April 1899 mit einer an Einstimmigkeit grenzenden, überwiegenden Mehrheit dafür ausgesprochen, daß es an der Zeit und ein Erfordernis des öffentlichen Wohles sei, gegebenlich die freie Arztwahl einzuführen.

Der Hauptgrund gegen die Einführung der freien Arztwahl liege auf finanziellem Gebiete. Wer behaupten ihre Anhänger, daß nach den Erfahrungen, die man bisher gemacht habe, von einer Vertheuerung des Arzthonorars kaum die Rede sein könnte, und für die Kassen müsse es doch gleichgültig sein, ob sie ihr Horror an einige wenige oder an eine große Anzahl von Ärzten zählen. Aber da, wie auf dem Arzttage ausdrücklich erklärt worden ist, die Einführung der freien Arztwahl nur denkbar sei, wenn gleichzeitig bestimmt werde, daß die einzelnen Leistungen nach den Sätzen der Landesärztekosten bezahlt würden, während die meisten Kassen bisher ihre Ärzte mit billigeren Pauschalsummen abfinden, so sei ohne Weiteres klar, daß die freie Arztwahl teurer, und zwar erheblich teurer sein müsse als das bisherige System. Das dem so sei, habe auch der Herr Handelsminister unum-

wunden anerkannt, als bei Beratung des Vertrags im preußischen Abgeordnetenhaus — am 6. Februar d. J. — der Abgeordnete Hirsch den Antrag stellte, wenigstens bei den Knappfchaftsklassen die Einführung der freien Arztwahl hinzuwirken.

Durch Rückfrage bei solchen Kassen, die die freie Arztwahl bereits eingeführt haben, und durch statistische Erhebungen über den Kosten müsse man sich erst vergewissern, ob für die Knappfchaftsvereine Einführung ohne ernsthafte Gefährdung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit überhaupt denkbar ist.

Von anderer Seite wurde noch bemerkt, daß bei der freien Arztwahl nicht so sehr die ärztlichen Honorare die Sache wesentlich thun würden, als vielmehr die Apothekerrechnungen. Die Apotheker wenden sich nämlich naturgemäß nicht an den Arzt, der die Medizin verschreibt, sondern an denjenigen, der die Medizin in Goldbaren oder versilberten Pillen giebt, sie würden auch zu dem Preis gehen, der die meisten Stärkungsmittel verordne. Das sei etwas Natürliches und in der menschlichen Natur so begründetes, daß in Arbeitern daraus durchaus keinen Vorwurf machen könne. Das Verhältnis, wie es bisher in Westfalen sei, genüge im Allgemeinen, in der Umstand, daß davon sehr wenig Gebrauch gemacht werden möge — es sind nur ungefähr 2 p. ct. der Arbeiter, die andere Arbeit wählen — lasse eigentlich darauf schließen, daß ein Bedürfnis in Weise, wie es in der Petition der Arzttage angeführt sei, unter keinen Umständen bestehen. Durch die vollständig freie Konkurrenz würde Arztteproletariat großgezogen werden, das man nicht für wünschenswert halten könnte. Wenn ein Arzt sich an einem Orte niedergelassen und einen Haushalt gründen wolle, müsse er die Garantie haben, er eine Anzahl Kassen zu bedienen habe, auf ein bestimmtes Fixe zu rechnen könne; wäre das nicht der Fall, dann würde eine Kontur unter den Ärzten entstehen, die man für den Arzttag selbst selbst verderblich halten müsse. Es sei daher nicht glaubhaft, daß Beschluss des Arzttages im Interesse der Arzttage selbst wäre; man könne sich nur auf den Standpunkt stellen, daß die unbedingt freie Arztwahl jedenfalls nicht ungünstig sei.

Nachdem dann noch von einigen Vertretern der Knappfchaftsvereine die Erfahrungen mitgetheilt worden waren, die hinsichtlich freien Arztwahl bei ihren Vereinen gemacht wurden, beschloß die Versammlung, der Verband möge sich an den Herrn Reichstagsamtsleiter wenden und ihn bitten, den Knappfchaftsverband bzw. die Knappfchaftsvereine in der Sache zu hören, damit demnächst Stellung zu dem Punkten genommen werden könne.

Von einem Vertreter wurde noch mitgetheilt, daß eine der sehr pharmazeutischen Zeitungen die Nachricht gebracht habe, die Vanderveld hätte bei den Landapothekeuren Unfrage gehalten, ob und unter welchen Voraussetzungen die Herren die Einführung einer genossenschaftlichen Kurfrist für möglich hielten. Ob die Sommabrigade sehr einschneidend die Verhältnisse sein würde, lasse sich heute schwer beurtheilen. Ein anderes sei es aber mit der Frage der Nachttage, welche von den Apothekern ebenfalls seit längerer Zeit angestrebt würde. Schon der letzten Reise der Arzttage im Jahre 1898 habe man die Erfahrung gemacht, daß eine Billigung nicht eingetreten wäre; es vielmehr — wie er durch eine Berechnung der Rezepte nach der alten und der neuen Tages habe feststellen lassen — in der That eine Steigerung von 2,4 p. ct. zu verzeichnen. Bei der Einführung der Nachttage würde aber die Steigerung eine ganz bedeutende sein, für jedes in der Nacht angefertigte Rezept dem Rezepturpreise 50 p. ct. aufgeschlagen werden sollten. Die Nachttage wäre für die Apotheker nicht gerechtfertigt; denn die Last, die sie hätten, das sie in der Nacht herauskommen müßten, sei keine übergroße; die nächtlichen Ausfahrten der Arzttage wäre jedenfalls ungleich anstrengender.

Es wurde bestimmt, diesen Gegenstand auf die Tagesordnung einer Versammlung zu setzen.

Die Wahl einer ständigen Kommission zur Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse der Generalversammlungen sowie zur Vertretung des Verbandes hatte folgendes Ergebnis:

Bergrath Ludwig zu Bochum zu Bochum (Allgemeiner Knappfchaftsverein zu Bochum);

Oberbergrath Dr. Weidmann zu Dortmund (bedeckt);

Oberbergrath und Salinenrat Colzau zu München (Knappfchaftsvereine für bayer. Staatswerke);

Oberbergrath Priere zu Saarbrücken (Saarbrücker Knappfchaftsverein zu St. Johann a. d. Saar);

Bergmeister Diezel zu Eisleben (Mansfelder Knappfchaftsverein zu Eisleben);

Bergwerkdirektor Woltner zu Neuweißstein bei Waldenburg i. S. (Niedersächsischer Knappfchaftsverein zu Neuweißstein);

Oberbergrath Mengel in Schönebeck a. d. (Halberstädter Knappfchaftsverein zu Halberstadt);

Oberbergrath Weißleber zu Leopoldshall (Anhaltischer Knappfchaftsverein zu Köthen);

Bergrath Emil Kreuer zu Mechernich (Mechernicher Knappfchaftsverein zu Mechernich);

Bergrath Führer zu Dürenberg (Dürenberger Knappfchaftsverein zu Dürenberg);

Bergrath Löbe zu Königshütte (Oberschlesischer Knappfchaftsverein zu Königshütte);

Bergassessor a. D. Bergwerksdirektor Clemme zu Rohlsdorf (Worms-Knappfchaftsverein zu Rohlsdorf);

Bergrath Bengemann zu Clausthal a. d. (Haupt-Knappfchaftsverein zu Clausthal a. d.);

Bergrath Scheibner zu Lügau i. S. (Allgemeine Knappfchafts-Pensionstasse für das Königreich Sachsen zu Freiberg i. S.);

Hierbei wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auch die Direktoren dieser Knappfchaftsvereine zu den Arbeiten der Kommission augezogen werden möchten, und beschlossen, es den einzelnen in der Kommission vertretenen Vereinen zu überlassen, wen sie bei Verhinderung des gewählten Mitgliedes in die Kommission entsenden wollen.

(Schluß folgt in nächster Nummer).

## Rameraden nutzt die flotte Zeit aus! Agitiert ständig für den Verband

### Rückblick

auf die

### erste 10jährige Tätigkeit des Allgemeinen Knappfchafts-Vereins zu Bochum.

(Schluß)

Der Aufschwung, dessen sich die gesammte vaterländische Gewerbstätigkeit, in erster Linie aber der Steinholzbergbau in den letzten 10 Jahren zu erkennen hatte, spiegelte sich so recht in den finanziellen Ergebnissen des Vereins wieder.

Im Jahre 1890 betrug die Mitgliederzahl 129 032 Mann, Anfangs 1890 dagegen 220 843 Mann, das Vermögen des Vereins stieg am 1. Januar 1890, also kurz vor der Verhältniszettelung, auf 4 681 915,41 M. und am 1. Januar 1900 auf 42 291 020,52 M., wobei die Zuwachs 18 645 76,27 M. auf die in der Rechnungslegung geforderte „Theide-Jahrfests- und Alterkasse“ entfallen, so daß die einzelnen Kassen ein Vermögen von 23 645 255,25 M. verfügen.

Die Zahl der Pensionsempfänger zu Anfang des Jahres 1900 belief sich auf

17 650 Invaliden,
12 274 Wittwen,
37 121 Kinder,
5 356 Invalidenrentner,
275 Alterrenteuren. Zusammen 72 676.

Während im Jahre 1890 die laufenden Unterstützungen an Invaliden, Wittwen und Witzen 5 242 728,58 betragen, stiegen dieselben im Jahre 1899 auf 8 114 953,22 M. Hierzu kamen noch für das Jahr 1899 an Invalidenrenten 954 936,41 M. und an Altersrenteuren 43 288,94 M., insgesamt also 9 118 158,57. Die Zahl der unterstützten Mitglieder hat also mit der Zahl der beitragsenden Mitglieder gestiegen. Gleichzeitig gehalten. Für die erkrankten Mitglieder

## Die „unpolitischen“ englischen Gewerkschaften.

Bu den Märchen der Gewerkschaftsgeschichte gehört auch die Erzählung, die englischen Gewerkschaften seien stets nur gewerkschaftler geblieben und seien es heute noch. Das ist eine eingeschlossene Kollegen aber längst eingesehen haben, daß sie mit der bloßen Gewerkschaftslerei nicht weiter kommen, sondern auch auf die Gesetzesgebung einen Druck ausüben müssen, lehrte wieder einmal der vom 3. bis 8. September in Sudbersfield (Grafschaft York) tagende 33. englische Gewerkschaftskongress.

Der Kongress, den der vorsitzende des parlamentarischen Gewerkschaftskomitees, Mr. Chandler vom Zimmererverband, eröffnete, war von 390 Delegierten besucht, die rund 1½ Millionen organisierte Arbeiter vertraten. Neben dem großen Maschinenbauverein, der — wegen Nichtanerkennung eines Schiedsgerichts — bis auf weiteres vom Kongress ausgeschlossen ist, war auch der Verband der Bergarbeiter von Durham dem Kongress ferngeblieben. Die stärksten der vertretenen Organisationen waren: Bergarbeiter-Verband 260 000, Weber-Verband 81 555, Zimmerer-Verband 60 000, Eisenbahner-Verband 59 800, Gasarbeiter- und Tagelöhner-Verband 48 000, Kesselschmiede-Verband 46 000 Mitglieder. Zum Vorsitzenden des Kongresses wurde nach bisherigem Gebrauch der Präsident des Gewerkschaftsrates des Kongressorts gewählt. Es ist dies der Master William Pickles, ein hervorragendes Mitglied der in Sudbersfield ziemlich stark vertretenen unabhängigen Arbeiterpartei.

Die Präsentationsrede war denn auch durchaus sozialistischen Charakters — man könnte sagen, eine sozialistische Vorlesung. Sie begann mit einem Blick auf die Urgeschichte der Menschheit — den Urelementarismus — und endete, nach einer scharfen Kritik der kapitalistischen Wirtschaft — wobei auch ein Seitenhieb auf den gegenwärtigen „gottlosen“ Krieg in Südafrika nicht fehlte — mit dem Nachweis, daß die ganze moderne wirtschaftliche Entwicklung zum Kollektivismus drängt.

Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen und ist in der Presse sehr lebhaft kommentiert und je nach dem Standpunkt kritisiert worden. In einigen Blättern hat sich eine lebhafte Kontroverse über die Frage entsponten, ob die Altersgegenstände, auf die der Redner exemplifizierte, Verallgemeinerung oder Untergrubung des Kapitalismus bedeuten.

Was die Beschlüsse des Kongresses abstritt, so beziehen sich nun Behälter von Ihnen auf Fragen der Gesetzgebung, Verwaltung und des Regierungssystems — und vor sie durchsetzt, wird finden, daß die Neutralität der britischen Gewerkschaften nichts weniger als Barbarei bedeutet. Der „Standard“, das Organ der Regierungspartei, hat denn auch nicht erlangt, die Sache seines Bosses über vertriebene Beschlüsse zu ergießen. Getrenn der Gesetzesvorlage seines alten Mitarbeiters, Lord Salisbury, that er dies mit spöttischen Hebensarten aller Art, worauf ihm ein anderes ministerielles Blatt, die „St. James Gazette“, erwiderte, der Kongress vertrete einen viel zu großen Bruchteil der Wählerschaft, um derart von oben herab abgetragen zu werden.

Folgendes die wichtigsten politischen Beschlüsse des Kongresses: Mit kleiner Mehrheit ward eine Resolution angenommen, die den gegenwärtigen Krieg in Südafrika für grausam und unnötig erklärt und gegen die Union der Boerenstaaten als einen „Schlag gegen die Unabhängigkeit der Arbeit in Südafrika und gegen das Prinzip nationaler Freiheit“ protestirt.

Einstimmig ward beschlossen:

1. Dass ein Alterspensions-Gesetz von den Arbeitern als ungünstig zu betrachten sei, das auf Unterstützung bestehender Rentensysteme abzielt oder an den Bezug einer Pension irgendwie das Brandmaul der Armenunterstützung knüpfe. Die einzige Begründung besteht darin, der Bezug einer öffentlichen Alterspension für ein staatsbürgерliches Recht zu erklären, das jeden ermächtigt, mit Eintritt eines bestimmten Alters Pension zu erhalten. Eine in diesem Sinne formulirte Forderung soll bei der bevorstehenden Parlamentswahl mit in die erste Reihe der Arbeiterforderungen gestellt werden.

2. Dass das Arbeiter-Unfall-Entschädigungsgesetz dahin zu amenden sei, daß es alle Gewerbe und alle Unfälle in Gewerbetrieben zu Wasser und zu Lande umfasse und die Entschädigungspflicht genauer bestimme.

3. Die Regierung zur Einbringung eines Gesetzes aufzufordern, welches die britischen Arbeiter, die auf Schiffen von Ausländern verunglimpten, in den Stand setzt, Entschädigung von diesen zu erlangen.

4. In der Marineverwaltung für strenge Einhaltung der Fair-Wages-Klausel auf allen Staatswerften zu wirken und eventuell, falls das nicht den gewünschten Erfolg hat, die Sache im Parlament zur Sprache zu bringen. Ferner eine Verschärfung der vom Parlament beschloßnen Fair-Wages-Resolution zu betreiben.

5. Resolutionen zu Gunsten der Sicherung des Sozialrechtes der Postbeamten; zu Gunsten der Abstellung der Beschwerden der Postbeamten, darunter Beseitigung der Härten des Bürosystems, des Zwanges auf Berrichtung von Überzeiterarbeit; zu Gunsten der Vermehrung und Verbilligung der Arbeiterzeit, bezw. Beleiter-Fahrkarten; zu Gunsten radikaler Änderung des Gesetzes über die Bebauung der arbeitenden Clasen im Sinne des vom Arbeiter-Abgeordneten Steadman eingeführten Gesetzes (das sehr weitgehende Enteignungs-Vorschriften enthält); zu Gunsten radikaler Beseitigung der Grundwerte, für die Ausdehnung der Vorschriften des Fabrikgesetzes auf Banten, und der Sohnzelte („Partikulars“) Klausel dieses Gesetzes auf Dok- und Werkverträge. Weiter wird mit großer Mehrheit Resolutionen angenommen, die alle gewerbliche Arbeit von Kindern unter 15 Jahren verbieten wollen, sowie den Eisenbahnarbeiten die Ge-

währung von Urlaub für die Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Pflichten sichern wollen. Die übliche Resolution für die Einführung des Achtfundertages für Bergarbeiter fand nur einen, die für ein allgemeines Achtfundertages-Gesetz etwa ein Dutzend Gegner.

Abgesehen ward der Antrag von Ellets zu Gunsten von Zwangs-Eingangsdämmern, sowie der Antrag, den 1. Mai für einen Arbeiter-Festtag zu erklären.

Einige recht wichtige Beschlüsse wurden bezüglich der inneren Organisation des Kongresses gefaßt, und zwar in der Richtung der Stärkung des parlamentarischen Gewerkschaftskomitees, dem u. a. die Vollmacht erteilt wurde, die für den Kongress eingesandten Resolutionen zu prüfen, zu siehen, sowie solche Resolutionen einzumerzen, die nicht in den Bereich der Kongreßaufgaben gehören. Den Vorsitz des Kongresses soll fortan nicht ein Vertreter des Konkretex, sondern der jeweilig amtierende Vorsitzende des parlamentarischen Komitees führen.

Obwohl über diese Punkte sehr lebhaft diskutiert wurde, trugen die Debatten doch bei weitem nicht den erbitterten Charakter, mit dem in Cardiff über Anträge gleicher Tendenz debattiert worden war. Darnach vermischte man politische Absichten hinter den Anträgen. Das war aber diesmal ausgeschlossen, denn radikale und gemäßigte Mitglieder des parlamentarischen Komitees traten gleichmäßig für die Anträge ein, für die in der Hauptstrophe Zweckmäßigkeit gründete (Ver einfachung des Verfahrens, Reiterparade, Ausschluß von Zusatz bei der Präsidentenwahl) maßgebend waren.

Ein anderer Punkt, der zu einer lebhaften Erörterung führte, bestand in einem Streit zwischen den Konsumvereinen von Oldham und dem dortigen Zweig der Schneidergewerkschaft, der beinhaltete, zu einer Sperrung der Großeinkaufs-Genossenschaft durch die Schneidergewerkschaft geführt hätte. Die Gewerkschaftsvertreter waren der Konsumvereinsleitung Unterstützung entgegen zu ziehen, sowie folche Resolutionen einzumerzen, die nicht in den Bereich der Kongreßaufgaben gehören. Den Vorsitz des Kongresses soll fortan nicht ein Vertreter des Konkretex, sondern der jeweilig amtierende Vorsitzende des parlamentarischen Komitees führen.

Obwohl über diese Punkte sehr lebhaft diskutiert wurde, trugen die Debatten doch bei weitem nicht den erbitterten Charakter, mit dem in Cardiff über Anträge gleicher Tendenz debattiert worden war. Darnach vermischte man politische Absichten hinter den Anträgen. Das war aber diesmal ausgeschlossen, denn radikale und gemäßigte Mitglieder des parlamentarischen Komitees traten gleichmäßig für die Anträge ein, für die in der Hauptstrophe Zweckmäßigkeit gründete (Ver einfachung des Verfahrens, Reiterparade, Ausschluß von Zusatz bei der Präsidentenwahl) maßgebend waren.

Schließlich sei noch der sehr wichtige Beschluß erwähnt, einen Prozeß, in den der Eisenbahner-Verband durch den Taffthal-Streik verwickelt worden ist, auf allgemeine Gewerkschaftskosten bis zur höchsten Instanz durchzuführen. Es handelt sich um die Frage der Haftbarkeit von Gewerkschaften für die Handlungen der von ihnen oder in ihrem Auftrage ausgestellten Streikposten. Die Direction der Taff-Thal-Gesellschaft war, als der Zustand angefangen hatte, um die Ertheilung eines richterlichen Eindahlbefehls gegen den Vorstand des Eisenbahner-Vereins eingekommen, der dieser für alle militärischen und thöflichen Ausführungen der Streikposten haftbar macht, und dieer Eindahlbefehl ist ihr von Richter bemüht und jetzt von einem Mitglied des Queens Bench-Gerichtshofs, Richter Arnall, mit der Begründung bestätigt worden, daß die Gesetze von 1871 und 1876, die den Gewerkschaften einen gesetzlichen Status verliehen, sie dadurch implizit zu juristischen Personen stempeln. Sie hätten das Recht, Vermögen zu eignen und Vermögensklagen zu führen, und seien gesetzlich berechtigt, einen Streik anzuordnen und zu leiten. Das schließt aber auch die zweite Haftbarkeit für die von ihren Agenten begangenen Handlungen ein.

Es liegt auf der Hand, welche Tragweite diesem Erkenntnis inne wohnt. Es verfärbt noch das Erkenntnis in der Streitfrage Lyons v. Wilkins, das vor etlichen Jahren die Gewerkschaftswelt in Erregung versetzte, gegen das aber der eingeleitete Appell nicht bis zur höchsten Instanz durchgeführt wurde, weil Formfehler vorlagen, seine Erfolg als unmöglich erscheinen ließen. Daraus, daß jenes Erkenntnis Rechtsstrafe erhielt, ist aber auch der vorliegende Fall präjudiziert, und viele Juristen sind der Ansicht, daß der Richter nicht darüber erkennen konnte, als er gehan. Dringt die Ansicht in allen Instanzen durch, so bleibt den Gewerkschaften als letztes Mittel der Appell an die Gesetzgebung, d. h. die Erteilung einer Deklaration des Parlaments, welches der genaue gesetzliche Status der Gewerkschaften sei.

Wie schon im Bericht des Parlamentarischen Gewerkschaftskomitees ist auch im Laufe der Debatten wiederholt auf die bevorstehenden Parlamentswochen verwiesen und die Notwendigkeit betont worden, energische Schritte für die Verstärkung der Arbeitervertretung im Parlament zu thun. Der im Februar b. gegründete Arbeiter-Wahlkampf zählt zur Zeit gegen 250 000 Mitglieder, d. h. es gehören ihm eine Anzahl politischer und gewerkschaftlicher Vereinigungen an, die zusammen soviel Mitglieder vertreten. Sein Schriftführer ist Prof. McDonald, der auch dem Vorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei angehört.

Die englischen Gewerkschaften fordern von ihren Mitgliedern kein politisches oder religiöses Glaubensbekenntnis, treiben auch innerhalb der Organisation keine Parteidiskussion. Aber auf die Gesetzgebung wirken sie durch Aufstellung eines sozialpolitischen Programms immer mehr ein. Der Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Verband ist diejenige deutsche Gewerkschaft, die sich zur Zeit am meisten an englische Vorbilder anlehnt, ohne deshalb in der Viergewerkschaftsverein das Altheitmittel zu sehen.

**Nachrichten aus der Montanindustrie.**  
Wer ist Schuld an der Kohlennoth? Diese wichtige Frage hat der berühmte Pastor Hille in einem seiner Schauspielerblätter wie folgt beantwortet:

Ferner ist noch hinzuzufügen, daß, wenn z. B. bei der Probenahme ein Fehler gemacht wird, so ist über den Zustand der Grube rund ½ Jahr nichts bekannt. Ein solcher Fehler in der Probenahme ist aber nicht sehr leicht möglich, sondern sogar sehr wahrscheinlich. Es ist wohl klar, daß er wohl kein Körper mehr Schwingungen bietet, aufgesammelt und verschickt zu werden als ein Gas, ein Nichtfachmann hat von diesen Arbeiten überhaupt keine Ahnung. Das soeben Erwähnte sind nicht etwa theoretisch mit Möglichkeit oder Phantasie, sondern Thatsachen. Wenn Gasproben an die Untersuchungsstelle eingeliefert werden, die gar nicht verschlossen sind, oder wenn statt der natürlich luftdicht eingeschlossenen Glashähne, dieselben unterwegs zerbrochen, durch selbstverstigte Holzhähne oder Papierpfeifen ersetzt sind, so muß es geradezu als Skandal bezeichnet werden, daß eine solche Probenahme von der Richtigkeit so viel abhängt, Lnter untertraut wird, die absolut hieron keine Ahnung haben. In den hier angegebenen Probenfällen ist nun sofort zu erkennen, daß die Probe absolut falsch ist. Man muß sich aber vorstellen, welche Summe von Fehlern es gemacht werden kann, ohne daß es bei der Ablieferung noch zu bemerken ist, wenn die beiden Hähne verschlossen sind. Dass solche Fehler aber von Leuten, die nicht verstehen mit Gasen zu arbeiten, gemacht werden, ist so gut wie sicher. Und einzig und allein werden das die Ursachen sein von Ereignissen, die sich hn nicht erklären lassen. So wird das vielleicht die einfachste Lösung sein, daß Schlagwetterexplosionen in Gruben vorkommen, der Luftprobe fast immer nur einen geringen oder gar keinen Gehalt an Schlagwettern ergeben. In neuerer Zeit hat man denn diese Explosions mit Kohlenstaub erklärt, nun ja, warum denn nicht, es kann ja sein.

Zum Schlusse will ich noch bemerkern: Was würde man von jemandem sagen, der, um den Gang eines Ovens zu überwachen, die Rauchgas nur alle 3 Monate untersuchen würde?

Nun kann allenfalls entgegnet werden, der Gehalt an Grubengas würde durch die Sicherheitslampen kontrolliert. Die Angaben derselben sind aber nicht genau, ferner gehört hierzu, um hier mit einigermaßen sicher arbeiten zu können, ein sehr gutes und geübtes Auge, und ist mir nicht bekannt, wo Gelegenheit ist, sich gründlich und genügend lange mit derartigen Untersuchungen zu beschäftigen, ganz abgesehen davon, daß das oben erwähnte trotzdem hierdurch nicht altert wird.

## Neue Erfindungen im Berg- und Hüttenwesen.

Berichte über neue Erfindungen. — Aufgestellt durch das Patent- und technische Bureau von A. Rohrbach & Co. in Berlin NW 6, Marienstr. 28,

eine Kohlennoth, wie die nun so lange schon bestehende, hervorragende Schlepper, sich bestimmt lassen wollten, ihre Arbeit ordnungsmäßig zu verrichten. Eine große Verwaltung, die eine Betriebsfirma von rund 4000 Mann beschäftigt, sieht davor seit langer Zeit tagaus tagin im Durchschnitt nur 3600 Mann an der Arbeit. Im Durchschnitt feiern 10 Prozent der gesamten Arbeiterschaft am Wochenanfang mehr, gegen das Wochenende weniger. Die Deutschen erworbenen Höchstvolumen vollaus die Bedürfnisse einer ganzen Woche, und Gedanken über die Zukunft machen sie sich nicht. Die Werke haben vielfach Prämien für diejenigen ausgesetzt, die alle Schichten ordnungsmäßig verfahren, ohne willkürliche Feierlichkeiten einzulegen.

Nur wissen wir's: Die faulen Bergleute sind die Schlimmsten! So verkehrt ein Mann, der im Jahre nur 52 Arbeitstage kennt (aber auch nur halb), im übrigen aber mit der Peise im Mund darüber nachdenkt, wie er die christliche Lehre umdeutet kann zum Besten des Kapitals. Durchschnittlich verfügt ein Bergmann 1899 rund 300 Schichten. Die Herren, deren Arbeit schon beendet ist wenn sie Morgen anfangen, haben freilich Ursache, über die faulen Arbeiter zu klagen.

Was wir voraus sagten, wird uns nun durch die „M.-Westf. Stg.“ bestätigt. Das Grubenorgan stellt biederstädtisch-höhnischend mit, daß die Maßnahmen der Staatsregierungen zur Verminderung der Kohlennoth (Kohlenförderungen) den deutschen Kohlenherren gar nicht wehe thuen. Der Kohlenwiderstand kann weiter gehen, denn: „Nehmen wir für die Einfuhr der englischen und amerikanischen Kohle die Gangangshäfen Hamburg oder Bremen. Alle Frachträder für Kohlen aus Hamburg und Bremen sind nach dem Spezialtarif III berechnet und genießen, sonach künftig bei einer Transportstrecke bis 350 Kilom. einen Rabatt von 5 Mt. für 1000 Kilogr. Die Entfernung von Hamburg nach Hannover beträgt beispielsweise 183 Kilom., die bisherige Fracht 62 Mt. für die Fracht 47 Mt.; von Bremen nach Münster 284 Kilom., bisherige Fracht 63 Mt., neue Fracht 58 Mt., von Hamburg nach Gelsenkirchen 189 Kilom., bisherige Fracht 54 Mt., neue Fracht 49 Mt. usw. Wo sind nun die Gebiete mit etwa 350 oder mehr Kilometern Entfernung von Hamburg resp. Bremen, wo auch eine Erhöhung des Streckenzuges Platz zu greifen hätte? Sie liegen bereits im westfälischen Ruhrrevier selbst, wo sonach von einer Einfuhr englischer Kohlen von Hamburg auf dem Eisenbahnweg kaum die Rede sein kann. Auch darf nicht übersehen werden, daß andere Verbrauchsorte für englische Kohlen schon jetzt auf heutigen Frachtausschlags billiger bedient werden, als die Eisenbahn auch künftig es zu thun vermag.“

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

**Lebensmittelpreise und Fleischverbrauch in sächsischen Industriestädten.** Die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren für das Jahr 1899 bestätigen sich eingehend mit der Preisbewegung der Nahrungsmittel. Der Chemnitzer Bericht enthält eine vergleichende Tabelle über die Preise verschiedener Lebensmittel in den letzten drei Jahren. Danach stellte sich der Preis für 1 Kilogr. der nachstehend aufgeführten Lebensmittel (in Pfennig) im Durchschnitt auf:

	1897	1898	1899
Hogenbrot	19	22	28
Rindfleisch (Rente)	144	144	140
(Bauch)	125	126	138
Schweinefleisch (Rente)	152	168	158
(anderes)	137	161	140
Kalbfleisch (Rente)	139	145	141
(anderes)	121	127	131
Hammelefleisch (Rente)	140	141	144
(anderes)	117	114	130
Spec. (geräuchert, inländ.)	168	169	171
Gebüter	245	244	248
Charkoffeln (5 Liter)	30	29	24

Der Fleischverbrauch betrug in Chemnitz pro Kopf der Bevölkerung 1897: 50,66 Kilogramm, 1898: 49,99 Kgr., 1899: 52,33 Kgr. Auch in Freiberg ist der Fleischverbrauch für den Kopf der Bevölkerung gegenüber dem Vorjahr von 54,64 auf 56,44 Kgr. gestiegen. In Zittau stieg der Fleischverbrauch von 1894 an ganz regelmäßig von 58,44 Kgr. auf 59,44 im Jahre 1898 und auf 60,11 im Jahre 1899. Auf die verschiedenen Fleischsorten entfallen hier pro Kopf:

	1896	1897	1898	1899
Schweinefleisch	26,66	26,03	24,73	26,41
Rindfleisch	22,19	23,11	24,15	23,49
Kalbfleisch	6,64	6,67	6,88	6,77
Schafffleisch	2,41	2,46	2,34	2,42
Biegenfleisch	0,18	0,18	0,14	0,12
Pferdefleisch	—	0,47	0,68	0,41

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ schreibt kein Wort über die Vorgänge in der „Sozialen Kommission“ des Katholikentages, wo den Vertretern der Arbeiter verboten wurde, für die neutrale Gewerkschaft zu plädieren. Dagegen weiß sie spaltenlang über „sozialdemokratische“ Gewerkschaften zu berichten in einer Tonart, die merkwürdig absteht gegen den zur Zeit des Frankfurter Gewerkschaftskongresses üblichen. Der Dämpfer, den die Herren Reichsgerichtsräthe, Grafen und Kleriker den „Neutralitätsbuslern“ im Zentrumslager aufsetzen, hat also seine Schuldigkeit gethan. Darum auch wohl nimmt die sonst anständig polemisirende „W. Arbtg.“ keine Notiz von dem islandischen Vorgehen des Hans Lange-Esser, dessen Arbeitswilligenführung ehrlichen Arbeitern anekelt. Was die „W. Arbtg.“ über den Essener Maurerstreik bisher schrieb, war total entstellt, zum größten Theil frei erfunden. Wie kann Giesberts, dem doch auch Arbeiterleiden nicht fremd sind, eine solche Besudelung seiner Klassengenossen dulden? Hat er sich den gänzlich gedrückt?

**Die Lage des Arbeitsmarktes.** Seit Mai dieses Jahres nimmt die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt langsam, aber sicher fortschreitend zu. An den Arbeitsnachweisen steigert sich der Bedarf der Arbeitssuchenden; nicht nur der Bedarf an Arbeitskräften nimmt ab, sondern auch die Zahl der bisher Beschäftigten. Eine Zusammenstellung der Berliner Halbmonatsschrift "Der Arbeitsmarkt" über die Bewegung an den Arbeitsnachweisen und die Veränderungen in der Mitgliederzahl der Krankenkassen, soweit sie an die Berichterstattung der genannten Zeitschrift angeschlossen sind, bringt die zunehmende Verschlechterung des Arbeitsmarktes in folgender Tabelle deutlich zum Ausdruck. Es kommen nämlich an den Arbeitsnachweisen auf je 100 offene Stellen im Monat

	1899	1900
März	87,7	94,8
April	99,0	96,7
Mai	101,8	101,2
Juni	93,0	103,4
Juli	100,5	111,2
August	94,1	107,3

August 94,1 107,3.  
Gleichzeitig ist aber auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter zurückgegangen. Noch im Mai fand eine kleine Abnahme statt. Dagegen betrug gegen den Vormonat die Abnahme im Juni 0,6, im Juli 1,4 und im August 0,05 p.Ct. Steigendes Angebot von Arbeitskräften, Abnahme des Beschäftigungsgrades gehen Hand in Hand und schaffen eine Konstellation, unter der ein Winter mit hoher Arbeitslosenziffer zu erwarten ist.

**Eine Massenaussperrung** deutscher Buchbinder haben die Prinzipale vorgenommen, weil sie den arbeiterseits gemachten Tarifvorschlägen nicht zustimmen wollen. Uegefähr 10 000 Buchbindereiarbeiter und -Arbeiterinnen sind in Leipzig, Stuttgart, Berlin ic. ausgesperrt. Einige große Firmen haben schon bewilligt.

**Die Aussperrung der Hamburger Werftarbeiter** dauert unverändert fort. Die Arbeiter, nahezu 6000, halten ruhig aus, die Unternehmer versuchen Streikbrecher zu züchten und geben schwarze Listen aus. Neuerdings sollen die Arbeitgeber geneigt sein zur Unterhandlung. Bestätigung bleibt abzuwarten.

Das Wort „Streikbrecher“ ist ohne Weiteres keine Beleidigung, so hat das Amtsgericht zu Greiz entschieden. Es hat in einer Privatklagefache Ph. kontra Ph. die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt und die Privatklage zurückgewiesen und dem Privatkläger die bisher erwachsenen Kosten auferlegt. In den „Gründen“ dieses Entscheides heißt es, es sei „zwar nicht zu verkennen, daß die Arbeitsniederlegung ein erlaubtes Mittel ist, um eine Lohnheröhung herbeizuführen oder sonstige Standes- oder berufliche Interessen zu wahren, es liegt aber zu Tage, daß kein Arbeitgeber mehr zur Teilnahme an der Lohnbewegung von seinen Standesgenossen gezwungen werden kann, und folgerichtig, daß es sodann ausständigen unbekommen sein muß einer besseren Einrichtung folgend, die Arbeit wieder für sich aufzunehmen. Diese Rücksicht ist als durchaus berechtigt anzuerkennen; daß aber der Streikbrecher durch seine Loslösung unter Umständen die Interessen seiner Standesgenossen gefährden, ihnen zuwiderhandeln kann, mag richtig sein, kann aber unter seinen Umständen dazu führen, daß er in den Augen verhältnismässiger Leute — und mit auf die Anschauung solcher kommt es an — verächtlich wird. Die Bezeichnung „Streikbrecher“ allein kann daher als eine Ehrentäuschung nicht aufgefaßt werden, sonstige begleitende Nebenumstände, aus denen auf die Absicht der Eränkung geschlossen werden könnte, sind nicht behauptet worden.“ Dies Urteil wird hoffentlich alle flagellistigen Streikbrecher etwas zurückhaltender machen.

**Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften.** Die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter werden nicht nur seitens der Schärfmacher, sondern auch seitens vieler Kommunalbehörden als Vereine „vaterlandsloher Gesellen“ betrachtet, die man bekämpfen muß mit allen Mitteln. Die rückständige Anschauungswelt findet in Süddeutschland jedoch keinen Boden. In Stuttgart hat jetzt der Gemeinderath beschlossen, zur Abhaltung von Bildungskursen den vereinigten Gewerkschaften städtische Lokale unentgeltlich einzuräumen. Die Stadt verlangt dabei, daß die Kurse nicht nur den Mitgliedern der Gewerkschaften, sondern Federmann zugänglich sein sollen, und zwar unter den gleichen Bedingungen. Zunächst sollen die Kurse Naturwissenschaft, Gesundheitskunde, Gesetzeskunde, Geschichte und Volkswirtschaftslehre umfassen, wofür als Lehrer einige Professoren von Tübingen geworben worden sind. An alle Vorträge schließen sich Diskussionen und auf ein Fragekosten ist vorgesehen. Die Kurse finden an zwei Wochenabenden statt. Das Honorar für alle Kurse soll 3 M<sup>r</sup>. betragen. Das Kultusministerium will physikalische Instrumente unentgeltlich zur Verfügung stellen. In Preußen hat man freilich für die Bestrebungen der Gewerkschaften meistens weiter nichts

**Die hereingefallenen Bauherren.** Es ist bekannt, daß seit Monaten von dem Verband der Baugewerbstreibenden eine rege Agitation ausgeht, in ihren Verträgen mit Behörden und Privaten die sog. Streiflausel einzuführen. Die Vertragbestimmung will, daß bei allen Streiks oder Aussperungen, einerlei ob sie von Arbeitern oder Unternehmern ausgehen, die Lieferungszeiten für die Bauten um die Dauer des Streiks verlängert werden. Der Unternehmerverband hat sich besondere Mühe gegeben, bei den Behörden diese Ansprüche durchzusetzen. Für den nächsten Monat haben die Herren des Baugewerbes ihren Verbandstag nach Süddeutschland einberufen. Sie erstatten schon jetzt ihren berüchteten Bericht über das Ergebnis ihrer Bemühungen. Der „Vorwärts“ ist in der Lage, diesen vertraulichen Bericht, d. h. die von den Behörden eingegangenen Antworten, zu veröffentlichen. Daraus ergiebt sich, daß die Bemühungen der Baugewaltigen vollständig fehlgeschlagen sind. Nicht eine Behörde ist bedingungslos auf die Streiflausel eingegangen. Die Anfrage war gerichtet worden an die Regierungen von Baden, Sachsen-Weimar und Hessen, an das bayrische Kriegsministerium, an mehrere Regierungspräsidenten in Preußen (Düsseldorf ist nicht dabei) und Lübeck, an die Eisenbahndirektion in Magdeburg und an eine einzige Stadtmagistratur, darunter aus dem Rheinland Kreisfeld, Elberfeld, Köln, Aachen und Düsseldorf a. Rh. Von den 24 Städten, die in ersteren 9 direkt abgabend, darunter Aachen und Köln, 11 zuständig waren, ablehnen, bemerkten aber, daß man von Kreisfeld aus die Sache prüfen werde und geneigt ist, bei Streiks die Lieferungsfrist zu verlängern, aber durch keine kontraktliche Verpflichtung gebunden sein will. Zu diesen Städten gehören M.-Gladbach und Düsseldorf a. Rh. Am gefälligsten hat sich Kreisfeld den Bauproben gezeigt. Es antwortet zwar etwas unbestimmt, sagt aber zum Schluß: Wir wünschen den Unternehmern Erfolg zu ihren Bestrebungen. Die Unschärfehaft Kreisfelds wird sich das merken.

**Königlich sächsische Streifstatistik.** Die Ortsbehörden des ganzen deutschen Reiches führen bekanntlich auf Verfüzung „höheren Orts“ über alle vorkommenden Streiks genau Buch. Wenigstens sollen sie das. Die Arbeiter wissen aber, wie sie solche statistische Erhebungen zu beurtheilen haben. Schon bei der Frage nach der Dauer eines Streiks können die Meinungen der Behörden und der Arbeiter weit auseinander gehen. Es ist ja schon dagewesen, daß Behörden einen Streik amtlich für beendigt erklärt haben, obgleich der Streik in Wirklichkeit fortduerte. Welchen Termin werden die Behörden in einer solchen Falle als „Zeit der Beendigung“ in ihre Register schreiben? Ebenso gebeilt können die Anfänger bei der

frage sein, wie viel Arbeiter kontraktbrüchig wurden und wie viel Betriebe zum völligen Stillstand kamen. Wir veröffentlichen daher auch die nachfolgende Zusammenstellung, die wir auf Grund der amtlichen Aufzeichnungen der Behörden vorgenommen haben, mit allem Vorbehalt. An einigen Beispielen der speziellen Angaben wollen wir Gelegenheit geben, die Richtigkeit nachzucontrollieren. Nach der Statistik ereigneten sich im Jahre 1899 im Februar Sachsen 185 Streiks. An dieser Zahl sind die Bauarbeiter (Maurer, Zimmerer, Ofenseger u.) mit 40 beteiligt; dann folgen die Metallarbeiter mit 38; die Textilarbeiter sind mit 9 beteiligt. Die Gesamtzahl der Betriebe, die durch einen Streik ergripen wurden, betrug 929. In diesen Betrieben waren bei Ausbruch des Streiks 84 500 beschäftigt. Von diesen traten aber nur 18 142 Personen in den Streik ein. Die amtliche Statistik gibt über die Streikenden noch folgenden Aufschluss: 7741 waren zur sofortigen Niederlegung der Arbeit berechtigt, dagegen wurden 4294 kontraktbrüchig. Die Angaben über die gesammelten streikenden Personen und ihre „Berechtigung“ dazu sind indes sehr unvollständig. Denn von den erwähnten 929 Betrieben haben nur 809 Mittheilungen über die Zahl der Streikenden u. gemacht. Noch unvollständiger sind die Angaben über die Zahl der durch den Streik zum völligen Stillstand gekommenen Betriebe. Da sind nur 168 angeführt.

der Nachener Presse Glauben geschenkt und den Abhageartikel ic. g schrieben. Dazu halte er sich verpflichtet im Interesse der Bergleute und daher habe er gehandelt in Wahrung berechtigter Interessen. Schröder führte dagegen aus, er sei hoch erstaunt, daß Brust der so bestimmte Beschuldigungen erhebe, nicht einen Zeugen für die Wahrheit habe. Was er heute hier vorbringe, sei in der "Arbeiterzeitung" schon lange als unrichtig nachgewiesen worden. Hier handele es sich um positive Beweisführung und da sei es doch etwas Außerordentliches, daß Brust nicht einmal den Versuch mache, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Zur Sache selbst sei zu bemerken: Im Herbst 1898 hätten sich einige hundert Wurmburgleute unserem Verbande angeschlossen. Als sie im Dezember Handlungen zur Ver gewerbegerichtswahl aufstellten, da hätte der ultramontane "Nachener Volksfreund" unsere Mitglieder zu Sozialdemokraten gespiemelt und sie so den Werken denunziert. Es erfolgte die Mahregelung von vier Verbändlern, was eine große Erregung verursachte. In der betr. öffentlichen Versammlung hat Elsäger (Schröder) energisch vom Streit abgerathen, wie Duthende von Zeugen nachweisen, u. der überwachende Herr Bürgermeister. In Besprechungen haben wir ferner Ruhe zu stiften versucht, wir haben den Gemahrgesetzten gerathen, in ein anderes Nebier zu ziehen, die Umzugskosten wolle der Verband zahlen. Aber es half alles nichts, der Streit brach doch aus. Unserseits sind 7 Zeugen für unsere Behauptungen dem Richter vorgeschlagen, die dreifache Zahl steht weiter zur Verfügung. Und da müssen wir uns im "Bergknappen" der Streittheke beschuldigen lassen. Auf eine Bestrafung Brust's legen wir keinen Werth; es genügt uns, gerichtlich festgestellt zu haben, daß er nicht einmal den Versuch macht, seine uns beleidigenden Behauptungen zu beweisen. Dieselben Leute, die Brust die Ohren voll hingen, haben ihm ja später höhnend zugewiesen, er würde eine Blamage erleiden in diesem Prozeß. Wir wollen annehmen, daß Brust in gutem Glauben handelte, eine Bestrafung verlangen wir nicht, nur eine unzweideutige Ehrenerklärung. Unser lieber Freund Brust würde nicht so handeln wenn er die Ermüpe in der Tasche hätte gegen uns, die wir gegen ihn haben. Zu diesem Prozeß brauchte es nicht zu kommen, wenn Brust in diesem Frühjahr unseren Brief kameradschaftlich beantwortet. Unsere Schuld ist dieser Vorwurf nicht.

## Internationale Mundschau.

**Ein Riesenstreik** amerikanischer Kohlengräber soll aus vorstehen. Schon sind über 30 000 Bergleute im nordamerikanischen Anthrazitkohlerevier in den Streik getreten, über 100 000 sollen folgen. Es handelt sich um Lohnfragen. Bisher liegen noch keine neuen Nachrichten vor. Wicht der Kiesenausstand tatsächlich aus, so werden die Kohlenwucherer noch schönere Pfeisen schneiden, da sie im tohre sitzen.

## **Bekanntmachungen des Vorstandes.**

## Abrechnung der Hauptkasse.

Vom 15. August bis 15. September sandten Gelder ein:  
Aachen 114,13. Alftaden 154,20. Altenessen 140,60. Altendorf  
Kuhr 30,10. Altendorf (Kuhr) II 7,90. Altwasser 120,70. Auf dem  
Knee 44,10. Barop 231,—. Barendorf 5,50. Beuthen 150,—.  
Bilmerich 40,60. Bochum I 55,40. Bochum II 68,80. Bommerich  
80. Borbeck 92,80. Brackel 56,—. Bismarck 54,90. Brechten  
6,60. Bredenscheid 12,80. Bruch I 181,—. Bruch II 199,—.  
Brünninghausen 30,70. Braul 18,20. Brückhausen 111,80. Bröbitz  
0,—. Dahlhausen II 78,50. Dahlhausen-Hörsterholz 58,70. Dort-  
mund 491,40. Dorstfeld 41,20. Dümpken 116,90. Eule-Hallenberg  
1,80. Eichlinghofen 150,—. Eichholz 56,90. Eisenheim 24,30.  
Eßborn 62,—. Essen 145,60. Eving 210,20. Erle bei Buer 102,20.  
Eselhammer 248,50. Finsterwalde 8,—. Forbach 9,50. Fulerum  
5,50. Gelsenkirchen 37,60. Grumme-Böde 43,—. Günnigfeld 109,10.  
Gütersloh 13,30. Hamm 25,60. Haarzopf 18,70. Harpen 38,70.  
Hatten 15,50. Hausham 310,15. Hengsen 18,90. Herne 222,50.  
Herten 217,60. Hefner 119,50. Heven 66,40. Helmstedt 200,80.  
Hörstege 17,—. Hombruch 40,15. Homberg 181,20. Horst b. Steele  
90. Horst (Emscher) 29,45. Horstenstein 57,70. Holthausen bei  
Lüttigen 51,70. Huderde 55,40. Hüllen 25,50. Holsterhausen bei  
Krefeld 54,30. Höntrop 103,—. Hördt 19,45. Kateruberg 114,80. Kley  
—. Kruckel 65,70. Kunzeeldorf 31,10. Langendreer 129,70. Lünen  
10. Lebendorf 70,40. Lünen-Derne 283,90. Lüttlemburg 77,90. Lütgen-  
holtmühle 149,90. Marten 177,20. Miesbach 31,40. Meiderich 188,10.  
Mülheim 44,10. Neu-Salzbrunn 98,—. Niederborsfeld 31,50. Nieder-  
rochdövel 78,90. Niederhermsdorf (Sachsen) 9,—. Oberhausen 204,—.  
Ober-Walbenburg 80,—. Oberhermsdorf 216,90. Oespe 55,—. Weissen-  
berg 341,50. Pengenberg 207,80. Querenburg 91,10. Recklinghausen  
40. Riese 115,50. Siemle 45,—. Rothausen 109,50. Rüdinghausen  
90. Mittenscheid 59,40. Rothenbach 29,50. Schalke 84,35. Schanze  
40. Scharuhorst 61,10. Schonnebeck 25,80. Schwarzwaldbau 26,25.  
Schwerterheide 18,10. Schöttelje 61,70. Somborn 26,50. Steele 48,70.  
Siepel 94,80. Styrum 94,20. Stockum 61,70. Spittel 42,20.  
Serrruhr I 18,30. Rupferdreh 30,80. Wattenscheid 224,50.  
Werden 66,50. Werne 77,20. Weißstein 68,—. Westrich 80,—.  
Witten 83,—. Weitmar 30,—. Walbenburg 337,20. Wiedelahusen  
80. Zwischen Büro 2436,12.

# Bergarbeiterprotest gegen den Kohlenwucher.

**Außerdurch.** S. einer am 16. hier stattgefundenen gut besuchten Bergarbeiterversammlung sprach Langhorst über den Kohlenbouher und das Lohnbrüderkartell. Redner führte den Nachweis nach amtlichen Angaben, daß nicht die Arbeiter, sondern die Werkbesitzer die Kohlentheuerung verschuldeten. Die Versammlung stimmte geschlossen er Eissen e t Protestresolution zu. Eine Anzahl Kameraden meldeten

**Wattenscheid.** Bei Sonnegießer in Lohrheide fand am 16. eine sehr gut besuchte Bergarbeiterversammlung statt. Lang hörst sprach über dasselbe Thema wie in Kupferdreh und auch die Wattenscheider Kameraden stimmten der Essener Resolution zu.

**Dahlhausen.** Am 16. September fand hier bei Berger eine von mehreren hundert Bergleuten besuchte Versammlung statt, in der es über die Pläne der Werksbesitzer und den Kohlenwucher sprach. Auch hier wurde die Essener Resolution einstimmig angenommen. Eine Reihe Kameraden ließen sich sofort in den Verband aufnehmen.

# Nachklang zum Streif der Wurmbergleute.

(Prozeß Schröder-Bruft).

Unsere Leser erinnern sich, daß am 1. Febr. d. J. im Wurtingebiet ein Bergarbeiterstreik ausbrach und darauf der „Bergknappe“ schrieb, die Leitung des alten Verbandes habe den Streik „frivol vom Zaune gebrochen.“ Es erfolgte der berühmte „Absageartikel“ im „Bergknappen“, in dem uns die Freundschaft gekündigt wurde gerade zu einer Zeit, als die beiden Verbände gemeinsame Forderungen an die Fuhrgeubenbesitzer eingereicht hatten. Was das für die Bergarbeiter bedeutete, braucht nicht nochmals erläutert zu werden.

Der „Absageartikel“ des „Bergknappen“ machte die Stunde durch die Presse und die Organe der Werksbesitzer sagten: Seht ihr's, die Söhder, Möller u. Gen. hetzen in frivolster Weise zum Streit, wenn sie es auch ableugnen. So gut über ganz Deutschland soll der

Wir stellten die Irrtümer des „Bergknappen“ richtig, aber es

als nichts, das Blatt erneuerte seine Anklagen und schrieb mit größter Bestimmtheit, sein Verdacht, Schröder habe den Streif inszenirt, indemstens aber nicht versucht zu verhindern, jet nur bestätigt! Daraufhin erschien die Zeitung unseres Verbandes *U. Brust*, als Redakteur des "Bergknappen", in einem kameradschaftlich abgefaßten Briefe die Namen derjenigen Leute zu nennen, die ihm (B.) gesagt, Schröder habe den Streif verschuldet. Die Sache habe ein solches Aussehen erregt, daß wir im Interesse des Verbandes nicht schwiegen könnten; unfrügliche Beweise verlangten wir von Brust, keine unangenehmen Vermuthungen. Sollte er unsere Bitte nicht erfüllen wollen, so seien wir genöthigt, ihn gerichtlich zur Beweisführung veranlassen. Auf diesen Brief antwortete der "Bergknappe" lediglich mit der Widerholung der Beschuldigungen. Jetzt

Am Donnerstag den 13. September stand die Angelegenheit vor dem Essener Schöffengericht zur Verhandlung. Der Herr Gerichtsvorsitzende regte einen Vergleich an.

Brust erklärte, anfänglich habe er den Beschuldigungen der Presse im Aachener Bezirk keinen Glauben geschenkt. Aber dann sei er im Burmbeden gewesen und habe Erkundigungen eingezogen, sei vorstellst in Streitversammlungen gegangen. Ferner habe er in der "Tremolo" gelesen, Schröder habe in Dortmund für einen eventuellen Streit Stimmung gemacht. Daraufhin habe er den Mittheilungen

Schröder führte dagegen aus, er sei hoch erstaunt, daß Brust so bestimmte Beschuldigungen erhebe, nicht einen Zeugen für Wahrheit habe. Was er heute hier vorbringe, sei in der "Bergarbeiterzeitung" schon lange als unrichtig nachgewiesen worden. Sei handele es sich um positive Beweisführung und da sei es doch etwas Außerordentliches, daß Brust nicht einmal den Versuch mache, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Zur Sache selbst sei zu bemerken: Im Herbst 1899 hätten sich einige hundert Wurmbergleute unserem Verbande angeschlossen. Als sie im Dezember Kandidaten zur Berggewerbege richtswahl aufstellten, da hätte der ultramontane "Katholische Volksfreund" unsere Mitglieder zu Sozialdemokraten gesiepelt und sie so den Werken denunziert. Es erfolgte die Wahlregelung von vier Verbändlern, was eine große Erregung verursachte. In der betr. öffentlichen Versammlung hat Kläger (Schröder) energisch vom Streit abgerathen, wie Dutzende von Zeugen nachweisen, unter der überwachende Herr Bürgermeister. In Besprechungen haben weiter ferner Ruhe zu stiften versucht, wir haben den Gemahrgesetzen grathen, in ein anderes Revier zu ziehen, die Umzugskosten wolle der Verband zahlen. Aber es half alles nichts, der Streit brach doch aus. Unserseits sind 7 Zeugen für unsere Behauptungen dem Richter vorgeschlagen, die dreifache Zahl steht weiter zur Verfügung. Und da müssen wir uns im "Bergknappen" der Streittheke beschuldigen lassen. Auf eine Bestrafung Brust's legen wir keinen Werth; es genügt uns, gerichtlich festgestellt zu haben, daß er nicht einmal den Versuch macht, seine uns beleidigenden Behauptungen zu beweisen. Dieselben Leute, die Brust die Ohren voll hingen, haben ihm ja später höhnend zugerufen, er würde eine Blamage erleiden in diesem Prozeß. Wir wollen annehmen, daß Brust in gutem Glauben handelte, eine Bestrafung verlangen wir nicht, nur eine unzweideutliche Ehrenerklärung. Unser lieber Freund Brust würde nicht so handeln wenn er die Ecclipsen in der Tasche hätte gegen uns, die wir gegen ihn haben. Zu diesem Prozeß brauchte es nicht zu kommen, wenn Brust in diesem Frühjahr unserem Brief kameradschaftlich beantwortet. Unsere Schuld ist dieser Prozeß nicht.

Nach längeren Verhandlungen zwischen den Rechtsanwälten Herrn Dr. Bell und Dr. Wallach kommt folgender Vergleich zu Stande:

**Brust deponirt:**

"Ich erkläre hierdurch, daß ich auf Grund der heutigen Verhandlung und nach den Erklärungen des Herrn Schröder die Überzeugung erlangt habe, daß die früher von mir aufgestellten Behauptungen, Herr Ludwig Schröder habe den Aussand im Kachener Revier verursacht, er sei an der Entstehung desselben ursächlich beteiligt, den Thatsachen nicht entspricht. Ich nehme deshalb die oben genannten Behauptungen zurück."

**Schröder erklärt darauf:**

"Ich habe mich nach den Erklärungen des Herrn Brust an der heutigen Verhandlung davon überzeugt, daß Herr Brust bei Herstellung des fragl. Artikels sich in gutem Glauben befunden habe und nehme die erhobene Klage zurück."

Brust übernimmt die sämtlichen Kosten und verpflichtet sich, die Erklärung binnen 14 Tagen in seinem Organ „Der Bergknappe“ zu veröffentlichen.

Anmerkung der Redaktion: Brust hat im Termin die Befürchtung ausgesprochen, die „Bergarbeiterzeitung“ würde ihn wieder anreisen, anlässlich des neuen Prozesses. Wo wir Brust seit dem Prozeß H.ue-Brust in diesem Blatte angriffen, das soll er uns einmal beweisen. Wer glaubt er denn, wir dürften den Prozeß Schröder-Brust so gut wie mit Stillschweigen übergehen? Würde er das thun, wenn er an unserer Stelle wäre? Seine in Freude stehende Unschuldigungen der Verbandsleitung sind seinerzeit in der Werkkresse breitspurig abgedruckt und gegen uns ausgeschlaget worden. Nun ist die totale Geltlosigkeit der Unschuldigungen gerichtsnormisch und jetzt sollten wir schweigen? Das wäre ja Selbstmord. Sollte Brust unserer kameradschaftlichen Zusprache in diesem Frühjahr behör geschenkt, dann kam er nicht in eine freilich sehr ungemeinige Lage. Es ist seine Schuld! Wir greifen ihn nicht an, wie oben angezulegen ist; was wir über den Prozeß berichten, geschieht zu unserer Selbstverhaltung. Kein Arbeiterverband darf sich in der öffentlichen Meinung herabsetzen lassen, ohne sich zu wehren. Geschah es nicht, dann wäre es mit ihm bald Mathat am Leibten."

richten ohne Quellenangabe anderen Blättern entlehnt hätten und diese Behauptung nach **Winkeladvokatenart** dann verklautulirt, in der Wsicht, der drohenden Berichtigung zu entgehen. Das ist ihm nicht gelungen, es muß jetzt beide Berichtigungen aufnehmen, in denen wir nachweisen, daß wir in zwei Fällen von unseren regelmäßigen Correspondenten die Nachrichten erhalten bezw. im dritten Falle die Quelle zittert hatten. Damit ist das Blatt in seiner **Verläumperischen Thätigkeit** genügend gekennzeichnet. Es ist kein Wunder, daß es sich wieder in neuen dunklen Andeutungen ergeht. Wir fürchten uns vor diesen albernen Drohungen nicht und bitten nur, mit allem Material hervorzukommen, welches man besitzt, wir haben nichts zu scheuen. Wir begnügen uns heute mit der Feststellung, daß das Blatt uns hämisch und **verläumperisch** an den verschiedensten Stellen angegriffen hat, während es gleichzeitig uns in der **unverschämtesten Weise litterarisch bestiehlt** und daß es die **Peitschenhiebe**, mit denen wir es geziichtet haben, ruhig hat einstecken müssen. Damit können wir das **Schimpfblatt** vorläufig ruhig laufen lassen, ratzen ihm aber, in Zukunft etwas vorsichtiger zu sein, da wir ihm auf seine **langen Finger** passen und andere Wege einschlagen, als nutzlose Einschreibebriefe an Redaktionen zu richten, welche durch **Klopfschleterei** den litterarischen Markt erfreien.“

litterarischen Anstand erzeugen.“  
So wird also der Eideshelfer der säfischen Werksblätter vom  
einem Unternehmerorgan beurtheilt! Quan. el hat die schweren Be-  
digungen ruhig eingestellt; er hat nicht geklagt! Man sieht,  
säfischen Amtsbücher verdienen ihren Quandel. Guten Appetit!  
— Auch die letzte Versammlung der Zahlstelle Bochum I war  
aber schwach besucht, und es wäre dringend geboten, daß die Mit-  
glieder in Zukunft etwas mehr Interesse für die Versammlungen  
zeigen. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten, welche das heutige  
Werkschaftskartell betrafen, wurden die Kameraden Behrend und  
Ämter zu Revisoren gewählt. Der Vertrauensmann der Herner  
Zahlstelle sprach dann über den vielleicht in nächster Zeit bevorstehender  
Wechselgang der Industrie, besonders in der Eisenindustrie, dessen  
Orzien sich schon bemerkbar machen. Er erinnerte die Anwesenden,  
daß jetzt noch auszunehmen, und tüchtig für die Verbreitung des  
Arbeiterverbandes Sorge zu tragen.

**Stiepel.** Die Kameraden werden gebeten, dem Vertrauensmann die Einzahlung der Beiträge etwas zu erleichtern und besonders ihre Frauen anzusehen, während ihrer Abwesenheit die Beiträge zu zahlen. Dieselben werden vom 25. jeden Monats ab durch den Vater und die Wohnung des Vertrauensmannes entgegengenommen. Eine stärkere Beteiligung der Organisation ist am hiesigen Orte auch zu wünschen; je stärker die Organisation desto eher läßt sich etwas erreichen. — Der Vertrauensmann.

— Noch etwas von der Beche „Carl Friedrich“. Mehrere Kameraden möchten gern einmal Aufklärung über die dort bestehende Unterstützungsstasse haben. Trotzdem, daß die betreffenden schon viele Jahre auf der Beche arbeiten, können sie sich nicht erinnern, daß jemals seitens der Belegschaft eine Vertreterwahl zur Unterstützungsstasse stattgefunden hat. Keiner weiß ob am Jahresende eine Bilanz veröffentlicht worden ist. Und doch ließen so viele Strafzettel, außerlich auch die beim Auslaufen der Kohlenwagen erhobenen, in diese Unterstützungsstasse. Also wie steht's mit der Verwaltung derselben?

**Wattenscheid.** Eine Illustration Krupp'scher Wohltätigkeitseinrichtungen. Auf der Krupp'schen Beche „Hammer III“ erlitt vor längerer Zeit ein Bergmann eine schwere Verlehung, in Folge deren er dem „Bergmannsheim“ übertragen werden mußte. Während seines Aufenthaltes dafelbst erhielt dessen Familie die Hälfte des Krankengeldes, 1,50 M., und mit Eintritt der fünften Krankenwoche 2,00 M. Davon mußte die vierköpfige Familie leben. Nun hat die Frau des Verletzten bei der Betriebsleitung von „Hammer“ um eine Unterstützung, die ihr auch im Betrage von 20 M. genährt wurde. Von dieser Einnahme mußten Miete, Steuern u. bezahlt werden, wiewiel da für Lebensmittel und Kleidung verblieb, ist leicht ersichtlich. Nach der Entlastung aus dem Bergmannshaus wandte sich der Verletzte wieder an den Betriebsführer um eine nochmalige Unterstützung. Diese wurde ihm jedoch verweigert, da es für Verletzte nur 20 M. gebe. Wie nun die Unfallverlaide behandelt werden, ist ja zu Genüge bekannt. Der fragliche Verletzte erhält nämlich eine Rente von 49,70 M. und ist schon 6 Monate arbeitsunfähig. Krupp hat doch auch für Roth gerathene Arbeiter einen besonderen Unterstützungs fonds gestiftet. Warum wurde und wird auch bis heute noch nicht dem betreffenden Verletzten aus diesem Fonds eine Unterstützung verschafft? Sind die diversen Fonds gestiftet zur Unterstützung hilfsbedürftiger Arbeiter, oder nur, um dem Herrn Kommerzienrat und dessen Werken einen guten Namen beim Publikum zu machen. Man sollte doch nicht soviel Aufhebens von den Wohltätigkeitseinrichtungen machen.

**Gerne.** Obwohl die leite Monatsabrechnung der Beiträge eine sehr erfreuliche Höhe erreicht hat (die höchste seit über 6 Jahren), so steht dieselbe trotzdem noch längst nicht zu der Zahl der Mitglieder. Es bleibt leider immer noch sehr viele Kameraden im Rückstande. Dieses muss aber unter allen Umständen anhören. Jeder muß darauf sehen, daß am Schluss des Monats auch seine Beiträge entrichtet sind! Dann können wir uns auch den anderen Bahnhöfen ebenbürtig zur Seite stellen. Am Schluß dieses Monats werde ich mit den Voten alle Beiträge einkassieren. (Das Nächste ist auf der letzten Seite zu erkennen.) Sorge deshalb, jeder, daß an den betreffenden Tagen alles (Geld und Bücher) bereit liegen. Nach diesem, die für September bereits bezahlten haben, erscheine die Bücher ebenfalls zu rechtfertigen. Es soll zugleich eine allgemeine Revision der Bücher vorgenommen werden. — Der Vertrauensmann.

**Bruch.** Den Einzelmitgliedern von Bruch I die Mitteilung, daß vom 7. Oktober ab, ein vom Vorstand beauftragter Revisor jedes einzelne Mitgliedsbuch revidirt. Sämtliche Rückstände müssen bis dahin bezahlt werden. Bitte die Bücher bereit zu halten. — Der Vertrauensmann Joh. Ott.

**Bruch.** Kameraden, wie Euch durch die Bergarbeiterzeitung schon bekannt, hat die günstige Konjunktur bald Ihr Ende erreicht. Kameraden, es ist daher unsomehr unsere Pflicht, unsern Verband nach innen und außen zu stärken, damit wir nötigenfalls in der Lage sind, jeden Schlag, der von den Berggewalten gegen uns geführt wird, geschickt parieren können. Kameraden: Unser Bezirk ist die Zukunft der Kohlenindustrie, die Schächte vermehren sich wie die Pilze. Mit dieser Entwicklung muß unser Verband gleichen Schritt halten. Darum ist es die heiligste Pflicht eines jeden Kameraden, die gute und wirksame Idee der Vereinigung aller Arbeiter, in die noch nicht aufgeschlitzte Massen hineinzutragen. Kameraden, benutzt jede Gelegenheit zum Agitieren, in der Grube, beim Glase Bier und wo es immer sein mag, müssen unsere gerechten Bestrebungen in den Vordergrund der Unterhaltungen gesetzt werden. Wir dürfen die nächstliegenden Unterhaltungen unserer armen bedauernswerten Leidensälpler nicht gleichgültig mit anhören. Nein, wir müssen unsere auf salziger Fahrt befindlichen Kameraden auf ihre Berufssinteressen aufmerksam machen. Wir müssen ihnen sagen, daß es ihre größte und heiligste Pflicht sei, die Zukunft für Wohl und Kind, für sich selbst zu sichern. Dieses kann aber nur dann geschehen, wenn alle Kameraden, ohne Unterschied der Religion und Partei, sich fest zusammenziehen, denn vereint ist jeder dem Werkbündiger gegenüber machtlos. Also führen wir die noch Unwissenden durch unausgelegte Aufklärung zur Erkenntnis. Es ist nicht ihre Bosheit, sondern ihre Unwissenheit, die sie uns bekämpfen. Versuchen wir, ihnen klar zu machen, daß unser Verband es gerade war, der die Bergbehörde auf die Missstände in den Gruben aufmerksam machte, die Behörde somit gezwungen hat, Abhilfe zu schaffen. Die Grubenaktionäre hätten niemals Geld gegeben zu besseren Ventilationsvorrichtungen, wodurch mehr Luft in die wettergefüllten Grubendome geschafft wird, wenn unser Verband nicht gewesen wäre. Die Massenbildung hätte sich womöglich noch bedeutend vermehrt. Die wichtige Knapphartsreformbewegung wäre ohne unseren Verband unmöglich gewesen. Wäre der Bergarbeiterverband nicht gewesen, so hätte die geringe Bohrsteigerung nicht stattgefunden, nur der Furcht vor dem Verbande ist dieses auszurechnen. Also ihr Arbeitersfrauen, der Bergarbeiterverband ist es, der das Leben eurer geliebten Männer beschützt. Der Verband ist es, der dafür sorgt, daß ihr und eure heizgeleisteten Kinder ein größeres Stück Brod zu essen habt. Darum, Bergarbeiterfrauen, erkennt dies. Tretet ein für eure eigenen Interessen, werdet treue Mitwirkende im Kampfe für bessere Zustände. So müssen wir zu den Frauen sprechen. Des weiteren ist auch die pünktliche Zahlung der Beiträge ein wichtiges Mittel zur Festigung unseres Verbandes. Machen wir den Voten und Vertrauensleuten die Arbeit so leicht wie möglich, legen wir unsere Bücher und Geld an Bohn- und Abschlagszetteln bereit, darmit der Votest nicht lange zu warten braucht. Wenn z. B. Votest bei jedem Mitgliede 5 Minuten warten muß, bis das Buch gefunden ist, dann hätte er bei 200 Mitgliedern einen Zeitverlust von 16½ Stunden. Das kann unmöglich gehen. Darum nochmals Kameraden, halte an den Zahltagen die Bücher bereit. Sämtliche Mitglieder des Bezirks werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei der heutigen Nummer der Verbandszeitung zwei Flugblätter beiliegen. Gorge jeder dafür daß dieselben an Nichtmitglieder verteilt werden, und jeder ein neues Mitglied dem Verbande aufzuführen. Die Vertrauensleute des Bezirks werden gebeten, Stellung zur allgemeinen Flugblattverbreitung zu nehmen. Unterzeichner ist ganz bereit, in jedem einzelnen Ort des Bezirks behilflich zu sein, nur muß frei, genug Mitteilung gemacht werden. Danach sind frisch auf, mutig auf's Werk, der Erfolg wird nicht ausbleiben. — V. Spaniol.

**Bruch.** Aufruf an die Kameraden von Bruch I. II. Kameraden, da es uns in Bruch und Umgegend noch nicht vergönnt war, ein Votest zur Beratung unserer Verbandsangelegenheiten zu erhalten, so erlache ich Euch auf folgende Punkte zu achten: Erstens wollen wir mal ein Stündchen weiter gehen um uns ein Glas Bier zu trinken wenn es sein muß, oder wenigstens nur da verkehren, wo unsere Verbandszeitung aufsteigt. Zweitens dürfen wir auch nur dort unsere Waren kaufen, wo unsere Zeitung abonniert ist, in derselben inseriert wird. Wohl imponiert den Wirthen allen unsern Gelb, wenn wir es lediglich bei ihnen in Alkohol flüssig machen, zur Beratung unserer Arbeitserfragen sind wir jedoch nicht willkommen. Die Wirthen schüren stets Furcht vor den Polizei vor, wenn sie uns ihre Lokale für unsere Verbandszeitungen verweigern. Wenn die Wirthen den Polizeibehörden gegenüber kein steiferes Rückgrat haben und sie ihre Rechte in ihren eigenen Räumen nicht kennen, dann müssen wir eben eine andere Taktik einschlagen, nämlich auch auf ihr Bier zurückgreifen. Es ist wirklich ein schlechtes Zeugnis für die Bergleute, daß sie in dieser Hinsicht

nicht mehr ihre Macht fühlen lassen. Würden unsere Kameraden allerorts von dieser Macht ausgiebigen Gebrauch machen, wir würden staunen wie sich uns massenhaft die Versammlungskosten öffneten, denn daß uns so wenig Volks zur Verfügung stehen, liegt wahrscheinlich nur an den mangelnden Einigkeit der Bergleute. Die Bergleute könnten in der Lage sein, über jedes Versammlungskonto zu verfügen, ebenso gut wie die Klubimvereine. Desgleichen fordern wir auch unsere Knappharts-Völkerfest auf, auch endlich mal Anstalt zu stellen über ihre Thätigkeit und ihre Stellung zum jetzigen Knapphartsstatut. Wir haben sie nicht nur gewählt, um lediglich ihren ehemaligen Alterskollegen zu nachzulernen, sondern sie sollen den Kameraden auch fortlaufende Aufklärung über die Knapphartsfragen geben. Und an der weiteren Entwicklung des Knapphartswohns zum Wohle der Bergleute thätigst mitwirken. Wir hoffen, daß die obigen Ermahnnungen nicht fruchtlos bleiben werden.

**Die Vertrauensleute.**

**Schalke.** Auf Beche „Consolidation“, Schacht VI, 4. Sohle, herzlichen unerträglichen Zustände bei der Leutesförderung. Alles drängt sich auf den ersten Stock, um so schnell wie möglich herauszukommen. Man ist dabei manchmal seines Lebens nicht sicher. Ob hier Mangel an aussichtsführenden Beamten ist? Schon seit längerer Zeit ist bei der Leutesförderung kein Beamter mehr zugegen gewesen. Wir hoffen, daß diese Zeiten die Verwaltung der genannten Beche verlassen werden, den befagten Nebenstand baldmöglichst zu befehligen.

**Schalke.** Beim Steiger Sommer I auf „Vollverein 4 und 5“

hat jeder Reparaturhauer einen Schlepper von ungefähr 19 Jahren bei sich zur Hilfeleistung. Bei den Arbeiten im Bremsberg (stehend) soll nach bergpolizeilicher Vorschrift eine Sicherheitsbühne abgestellt werden. Von einem Hauer wurde der Schlepper zum Steiger geschickt, um einen Schein zu holen für das Holz zu genannter Bühne. Sommer sagte jedoch: „wenn ihr eine Bühne haben wollt, so macht euch eine“. Schlepper den Schein. Vor 14 Tagen ist nun ein Schlepper ungefähr 30 Meter im Berge heruntergefallen. Jetzt kam der Befehl, nicht mehr ohne Sicherheitsgurtel oder Sicherheitsbühne im Berge zu arbeiten. Der Hauer wurde dieses Unglücksfalle wegen vom Betriebsführer angemommen, weil er die nötige Sicherheit nicht angewandt habe. Die Schuld trägt doch offenbar Steiger Sommer, weil trotz Aufforderung derselbe nicht für die Sicherheitsgurtel und die Sicherheitsbühne sorgte. — Der Fahrhauer Rudolf Ernst, früher Brennberghauer magt sich auch bemerkbar. Kommt dort ein Arbeiter 5 Minuten zu spät in den Schacht, so lädt er denselben 1/4 Schicht strecken. Selbstiger hat ganz vergessen, daß er früher eine doppelte Schicht gut „an der Seite verfahren“ konnte.

**Dortmund.** Am Sonntag fand im Vokal zur Aktion eine öffentliche Belegschaftsversammlung der beiden Schächte „Kaiserturm“ statt. Der Saal war dicht besetzt. Kamerad Blume erstattete Bericht über die Verhandlungen mit der Betriebsleitung über die in der letzten Belegschafts-Versammlung aufgestellten Forderungen. Blume teilte mit, daß sämtliche Forderungen abgelehnt seien. Dies ereigte eine große Unruhe in der Versammlung, als gemein war man der Ansicht, die Delegierten sollten von neuem wieder bei der Betriebsleitung vorsichtig werden. Dazu wurde von den Delegierten berichtet über den Stand der Unterstützungsstasse, und darüber, wie man in einem Zeitraum von 8 Monaten gestrafft und genutzt hat. Daraus war zu erkennen, daß Monate verloren wurden, in welchen an Strafgeldern bis über 900 Mark verloren wurden. Auf einem Schachte wurde in einem Zeitraum von acht Monaten eine Einnahme von 4000 Mark in einem Strafturm erzielt, trotzdem war auf Schacht I nur ein Pfaffenbestand von M. 1,00 und auf Schacht II ein solcher von M. 56,00 vorhanden. Am bittersten wurde über die unregelmäßigen Lohnzahlungen geklagt. Für Schacht I wurde ein neuer Delegierter gewählt und für Schacht II. drei Delegierte.

**Eving.** Am Sonntag, den 28. Nachmittags 4 Uhr, findet unsere Versammlung bei Demuth statt. Hier wird einer Vortrag halten. Da der Redner des Abends auch in Dortmund referieren muss, so müssen wir pünktlich anfangen. Sei also jeder punt 4 Uhr zu erscheinen, daß Monate verloren werden, in welchen an Strafgeldern bis über 900 Mark verloren wurden. Auf einem Schachte wurde in einem Zeitraum von acht Monaten eine Einnahme von 4000 Mark in einem Strafturm erzielt, trotzdem war auf Schacht I nur ein Pfaffenbestand von M. 1,00 und auf Schacht II. ein solcher von M. 56,00 vorhanden. Am bittersten wurde über die unregelmäßigen Lohnzahlungen geklagt. Für Schacht I. wurde ein neuer Delegierter gewählt und für Schacht II. drei Delegierte.

**Kamen.** Von Bergleuten der Beche „Massen“ wird uns über folgende Missstände geschrieben: Erstens sind die Förderwagen nicht geschmiert und vielfach so unbrauchbar, daß die Räder durch die Seitenwände laufen. Es kann deshalb gar nicht verwundern, wenn so viele Leute franken wegen Verlängerung der Gleise. Zweitens sind die Hauptförderstrecken durch Wasser und Schlamm überlaufen, daß man sie ohne Siefeln gar nicht befahren kann. Es wäre jedenfalls Pflicht der Betriebsleitung, daß sie hier ihre bessere Hand anlegt. Offiziell geben diese wenigen Zeilen die Antiegung dazu.

**Kamen.** Allenthalben nicht als Strafen. Auch auf der hiesigen Beche „Massen“ steht das Strafgesetz in üppiger Blüthe. Am 30. August standen dort ca. 20 Männer mit je 1,50 M. Strafen am Brett. Natürlich, wenn in den vermaledeten, faulen Bergleuten keine „Raison“ drinne sitzt, dann muß sie durch harte Strafen hingekriegt werden; das gehört sich nun einmal so, um eine „Musterzeche“ zu sein. Desgleichen brauchen sich auf genannter Beche die Kameraden nicht über lange Weile zu beklagen. Die Einsicht der Morgenzeitung muss bis 5½ Uhr beendet sein, wer später kommt, wird mit 1,50 M. bestraft. Die Mittagszeit fährt 1½ Uhr ein und über 20 Minuten vor 11 Uhr aus. Wo ist da die 8 Stundenzeit? Wer bestraft denn da die Verwaltung für ihre Unrechtmäßigkeiten?

**Heeren.** Ist schon haben wir in der „Bergarbeiterzeitung“ die Bummelreise bei der Bohnzahlung auf Beche „Königsborn“ II gerügt, leider bisher noch vergebens. Von Betriebsführern Schulte wurde der Beginn der Bohnzahlung auf Morgens 8 Uhr gesetzt, nachdem aber der Rechnungsführer häufig wieder da ist, wird es in der Regel 10 Uhr, ehe die Auszahlungen beginnen. Das ist doch für die Leute von der Mittagszeit eine fatale Sache, was übrigens der Herr Rechnungsführer von selbst einsehen sollte. Bergangener Wagon inspiziert der Ginfahrer die Gruben und zwar in Flöz 2 vierte Abthl. in Begleitung des Steigers. Besteuer versicherte dem Ginfahrer, die unterste 8 Dörter, 2 und 3 Kohlenstreben seien abgebaut, was aber nicht der Fall ist. Der Ginfahrer glaubte diese Versicherung des Steigers und fuhr dann zum Flöz „Sonnenstein“. So sieht es mit der Gründlichkeit unserer heutigen Grubenkontrolle aus. Wofür haben wir denn die Grubeninspektoren? Im Interesse der Belegschaften verlangen wir von den Inspektoren eine persönliche Besichtigung der ganzen Betriebe; den Versicherungen der Beamten darf erfahrungsgemäß überhaupt kein Glauben geschenkt werden. Eher sollten sich die Inspektoren an die Arbeiter um Auskunft wenden. Hierin hätten dann die Inspektoren den Vorheil, daß sie nicht belogen werden.

**Oberhausen.** Herrlich ist das Bergmannsleben! Am 12. September wurde ein verunglückter Kamerad von Beche „Concordia“ Schacht 2 zur letzten Ruhe geleitet, am 13. ein Kamerad des Schachtes 1 und zu gleicher Zeit auch wieder einer des Schachtes 2. Dieses ist an sich nun nichts Neues. Passirt es zwar auf d. Mutterzeche „Concordia“ sehr oft, daß Arbeiter zu Tode kommen, so führt sich doch Schreiber dieses verpflichtet auf den Fall vom Schachte 1 näher einzugehen. Der verunglückte Kamerad heißt Johann Brüggemann und steht in einer Alter von 22 Jahren. Er war der Ernährer seines inwaidigen Vaters und noch seiner Geschwister. Der p. Brüggemann arbeitete im Reviere des Steigers Sachse, ehemaligen „gemäßigten“ Knappharts-Völkerfesten. Herr Sachse hat es verstanden, sich zu dem Steigerposten herauszuschwingen, wohl ans Verdienst für seine „fürsorgliche“ Thätigkeit, als ehemaliger Leiterster. Brüggemann erlitt vor vier Wochen eine Verletzung der Hand. Er feierte deshalb zwei Wochen und machte vor Woche wieder die erste Schicht. Da nun seine frühere Arbeit beendet war, mußte er hente hier, morgen dort arbeiten, bis er wieder feste Arbeit bekam. So kam es, daß er am 10. September in ein Gefenk kam an Stelle eines fehlenden Hauers. Jetzt der Kernpunkt. In diesem Gefenk arbeiten 9 Mann zu drei Dritteln. Nun arbeiten zusammen auf einer Schicht zwei Vollhauer und ein Lehrhauer, auf den beiden andern Schichten je einen Vollhauer und zwei Lehrhauer. Nun fehlt an einem Drittel der Vollhauer, so daß nur noch zwei Lehrhauer übrig blieben. Diesen beiden Lehrhauern wurde der dritte Lehrhauer, nämlich der p. Brüggemann zugewiesen. Diese drei Männer müßten zusammen in einem Gefenk, das 60 Meter tief ist, ohne Aufsicht eines Vollhauers arbeiten. Im Interesse

der Allgemeinheit frage ich jetzt die Bergbehörde, ist das gestattet oder ist das Gesetz nicht mehr gültig, welches verbietet, daß Lehrhauer einer gewisse Zeit unter Aufsicht eines Vollhauers arbeiten müssen? Auf diesem Punkt stand ein Handbund, das Tau an demselben war schlecht und war vergangener Woche zweimal gerissen, und in der letzten Woche zum drittenmal, wodurch dann die Bergaufsicht das Brüggemann verursacht wurde. Nun wird jeder fragen, wie konnte es möglich sein, wenn auch das Tau reißt, daß dann unten jemand verunglückt? Es sind doch Schuhlächer oder Schuhbänder da? Aber möglich ist, denn es ist und kann mir auch als Anderwandler des Bergungsmanns nicht gleichgültig sein, wenn der einzige Ernährer des alten Vaters und der kleinere Geschwister auf eine solche Art zu Tode kommt. Weiß die Bergbehörde, daß die Väter nicht vorhanden waren bei dem Unglücksfall. Weiß die Bergbehörde, daß, nachdem am 10. September dieses Unglücks passierte, die Nachschicht sofort ein neues Tau auflegte, und am 11. September, Morgens sofort die Schuhlächer gehauen wurden? Der Herr Assessor scheint bei seiner letzten Fahrt wohl unabdingt getäuscht worden zu sein. Über den ganzen Vorfall erblicken wir uns Aufklärung von der Bergbehörde. Kameraden, ihr seht hier wieder wie es gemacht wird, wie trog der sorgfältigen Inspektion diese nicht im Stande ist, solche Fälle zu verhindern. Läßt euch endlich mal auf, schließt euch zusammen, setze jeder, einmal im Monat für ein neues Bergbandsmitglied. Das muß jeden Monat so fortgesetzt werden. Dann haben wir ein Macht und auf diese pochen, nämlich Einführung praktischer Arbeiter als Grubenkontrollen. Dann erst sind wir in der Lage, solche Fälle, wie dieser, zu verhindern.

### Oberbergamtbezirk Bonn.

**Saarbrücken.** Die Saargruben sind, wie wir dem „Bergmannsfreund“ entnehmen, noch immer in beständigem Wachsen und erscheinen läßt. Ende Juli vorigen Jahres waren auf den Steinholzbergwerken des hiesigen Direktionsbezirks 38 861 Mann in Tätigkeit. Diese Zahl ist im Jahreszeit um rund 2000 gewachsen und beträgt Ende Juli d. J. 40 590 Mann. Zu dieser Zeit waren beschäftigt auf Kronprinz 2004, Gerhard 4404, von der Heide 2547, Duvelstein 3083, Sulzbach 3774, Meden 4205, Heinrich 5284, König 4419, Friedrichsthal 4944, Göttelborn 1572, Camphausen 3050, Günter 18, Hofen 118. Die Monatsförderung im Juli beträgt 776 058, 200 T. — Und diese große Masse von Betriebsgenossen sind noch ohne jede Organisation, was sehr gut an ihrer siegenden Kraftigkeit und den fast stabilen Vöhnen — bei enorm steigender Ausbeute — zu erkennen ist. Wie wäre es, wenn Herr Ströbel Berlin, der neueste Kritiker unseres Verbandes, sich im Saarbecken als Bergarbeiterorganisator etablieren würde?

### Provinz Sachsen und Thüringen.

**Nietzsche.** Wegen Beleidigung des Amtsvertreters Altmüller von Kersten zu Zschieren wird Kamerad Polorny vom Amtsgerichte zu Halle zu 30 Mark verurteilt. Die Beleidigung sollte in einer Versammlung zu Nietzsche im Mai d. Jahres begangen worden sein und zwar durch die Worte: „Meint dieser Amtsvorsteher, wir müßten unsere Versammlung um 10 Uhr ebenso aufzuladen und derselbe wird ihn eines besseren belehren“ und „Ich kann Ihnen die Beleidigung geben, wenn sie (die Versammlung) aufgelöst wird, werden wir auf gesetzlichem Wege vorgehen und wer die blaumitten Europäer sind, werden wir sehen; ich kann Ihnen heute schon sagen, wir werden es nicht sein.“ Polorny bestreitet ganz entschieden daß die inaktivierten Stellen als Beleidigungen bezeichnet werden können. Er habe weder unware Thatachen behauptet noch sonst in ehrenwürdiger Weise den Herrn Amtsvorsteher zu nahe getreten. Er glaube heute noch, im Rechte zu sein wenn er begnügt, die Versammlung sei nicht an die Schankpforte, die man über einen Wirth Claus die Polizeistunde auf 10 Uhr herabgesetzt. Die Heraushebung der Polizeistunde sei eine behördliche Maßnahme, über deren Rechtmäßigkeit er hier nicht reden wolle. Er betrachte dieses nichts weiter eine Schankpforte, die vom Wirth selbst wie von einem großen Theil der Einwohner von Nietzsche hart empfunden werde. Am allerwenigsten könnte er begreifen, daß durch dieses Vorgehen des Amtsvorsteher das Versammlungsrecht der Arbeiter geschmälert werde. Würde man allgemein so vorgehen, so wäre es einfach mit dem Versammlungsrecht vorbei. So weit könne und dürfe die Behörde nicht gehen. Er habe in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt. Was seine Ausführungen selbst betrifft, so seien dieelben in der Regierung zwar derb herausgetreten, bekleidet sind dieelben aber nicht. Der Vertreter der Umfrage meint, daß es als Beleidigung aufzufassen sei, auch wenn man verächtlich über eine Person urtheile. Der § 198 steht dem Angeklagten nach höherem Gerichtsbeschuß nicht zu, doch beantragt er mildende Umstände. Polorny wendet sich nochmals gegen diese Ausführungen und legt dar, daß Verächtlichkeit noch juristisch der Beweis erbracht werden könnte, daß Verächtlichkeit in gewissem als Beleidigung aufgefaßt werden könnte. Er ersuche deshalb um Freispruch. Der Gerichtshof beschloß nach kurzer Beratung dem Urtheil des Herrn Amtsanwalts gemäß, den Angeklagten mit 30 Mark zu bestrafen. Alle ergreiften Angriffe geschützt werden.

**Auersleben.** Sieg! Die Kameraden der hiesigen Braunkohlengrube haben wieder einen schönen Sieg ihrem eimüthigen Zusammenhalten zu verdanken. Am 8. d. M. Mittags, heilte die Belegschaft der Werkleitung mit, daß sie unter den bestehenden Bedingungen nicht mehr weiter arbeiten könnten und verlangten pro Wagen 18, statt 11 Pfennig. Dieses wurde ihr von dem anwesenden Inspektor verweig

leisten Bergarbeiterstreit batert, können nur die in den Jahren 1898 und 1899 gezählten Arbeitsstunden in Bergleich gestellt werden, weil die aus letzterem Jahre auch jetzt noch in Kraft sind. Demnach bezifferte sich die Lohnsteigerung auf etwas mehr als 1 Prozent, während die Kohlenpreise um 25—30 prozent gestiegen sind. Dabei haben während des letzten Streiks die Grubenverwaltungen dem vermittelnd eingreifenden Bergbeamten erklärt, daß die Gewährung der geforderten minimalen Lohnsteigerung einzelne Werke zwingen würde, den Betrieb einzustellen. Und damit diese Eventualität nicht eintrete, haben auch die sehr gut prospektierenden Werke nichts bewilligt. Um die oben angeführten Durchschnittslöhne zu erhalten, umfassen aber reichlich Überstunden verfahren werden; erst dies in Betracht gezogen, ist zu erkennen, wie erbärmlich die Bergarbeiter entlohnt werden. Die Grubenverwaltungen sind natürlich immer bestrebt, möglichst billige Arbeitskräfte zu erhalten, wogegen der Import von Arbeitskräften, namentlich aus den polnischen Gebieten, in höchster Blüte steht. Es geht Dörfer, in denen man Sonntags in den Wirtschaften mehr polnisch als deutsch reden hört! Der Beitrag der Dividende stellt natürlich noch lange nicht den Kleingeröll der hier in Frage kommenden Grube berechnet dar, denn wie der Bericht des Aufsichtsrates selbst besagt, sind ganz beträchtliche Abschreibungen vorgenommen worden, wozu dann noch die hohen Tantieme an Aufsichtsrath und Grubenbeamten kommen. Man er sieht daraus, daß der Kohlenwucher, wie er rücksichtsloser wohl noch nie getrieben wurde, ein Geschäft ist, das seinen Platz nährt.

**Stuttgart.** Am 2. September tagte hier die Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle. Eine größere Anzahl Kameraden erklärte den Beitritt zum Verbande. Die Kabinen erstatteten den Kassenbericht; die Kasse war in Ordnung und wurde demgemäß dem Vertrauensmann Entlastung erteilt. Des Weiteren entspann sich eine längere Debatte über Quittumsmarken, die zwecks Sammlung von Unterhaltungsgeldern für die jährlichen ausgesparten Bergarbeiter beschafft worden waren. Die Versammlung verpflichtete die hierfür in Betracht kommenden Personen für baldmöglichste Beilegung dieser Sache zu sorgen. Ferner wurde über die Förderung unserer Organisation am Orte debattiert und dabei von der gutbesuchten Versammlung ein allseitiges lebhafte Interesse bezeugt. Es verpflichteten sich mehrere Kameraden, an geeigneten Tagen durch Haussagitation für die Aussbreitung des Verbandes zu agitieren. Der oft und vielseitig unangenehm empfundene unpünktliche Zustellung der Verbandszeitung wurde dadurch für die Zukunft vorgebeugt, daß Stuttgart nunmehr in 4 Bezirke getheilt und in jedem Bezirk ein besonderer Verteilungskreis bestellt. Angeregt durch die letzten Beschlüsse von Verbandsmitgliedern beschloß die Versammlung noch, künftig die verstorbene Kameraden durch Grabspenden und gemeinschaftliches Grabgeleite die gebührende lebte Ehre zu erweisen.

**Stuttgart.** Unter sehr starker Beteiligung der Belegschaft von „Budwig II.“ wurde unser Verbandsmitglied Johann Mausolf bekräftigt. Tren und unermüdlich hat derselbe jahrelang unserm Verband gedient und sich dadurch ein ehrendes Andenken bei seinen Kameraden gesichert. Johann Mausolf war das Opfer unseres Verlustes geworden. Neben die Ursachen seiner Verunglückung ist bisher nichts Näheres bekannt, vorerst jedoch nicht hoffen, daß sich auch hierüber das geheimnisvolle Dunkel ausbreite, wie leider über so viele andere bergmännische Unglücksfälle. Das Mausolf sein Unglück selbst verschuldet, hat bislang zu behaupten gewagt. Bei dieser Gelegenheit hat es sich uns wieder gezeigt, wie bitter der jährliche Verlust eines Menschen empfunden wird. Und Hunderte sind es alljährlich, deren Leben im deutschen Bergbau frisch vernichtet wird, wodurch auch in den Herzen der Angehörigen und Freunde tiefe und unheilbare Wunden geschlagen werden. Die vielen bergmännischen Unglücksfälle würden erheblich verminder werden, wenn endlich der von den Bergleuten schon jahrelang erhobenen Forderung nach gründlicher Reform der Grubeninspektion wichtig Folge geleistet würde.

**Groß-Kötzig.** Von hier schreibt uns der Kamerad Pürschel: „In der Nummer 34 unserer Verbandszeitung ist in dem Artikel unter Groß-Kötzig eine kleine Entstellung unterlaufen. Obwohl eine Reihe von Mitgliedern auf besagter Seite vorhanden sind, so ist es doch nicht wahr, daß beim Heraannahmen eines höheren Grubenbeamten von den Arbeitern Kniebeuge ohne Kopfbedeckung verlangt wird. — Von einer „humanen“ Behandlung eines Arbeiters durch den Aufseher Diering wird uns von der Groß-Kötigener Brüderfabrik berichtet. Am 16. August kam der genannte Aufseher mit dem fraglichen Arbeiter nach vorausgegangenem Wortwechsel in's Handgemenge. Vor hoher Bildung des Aufsehers zeigte hierbei die Drohung: „Ich habe Dich in die Freiheit!“ Dann versuchte er den Arbeiter die Treppe hinunterzutreten. Als der Arbeiter dieser „Liebenswürdigkeit“ mit faltblütigem Rücken widerstand, sah der Aufseher in seiner mähsamen Wut in die Tasche und rief dem Arbeiter zu: „Ich erachte Dich!“ Noch immer nicht ausgetobt und durch die cynische Kaltblütigkeit des Arbeiters noch mehr erbost, stürzte der Aufseher sich nochmals auf den Arbeiter. Um nun neben seiner „Fürtlichkeit“ auch die Wahrheitsliebe nicht zu kurz kommen zu lassen, behauptete der Aufseher nachdem gegenüber anderen Arbeitern, „nicht er habe gegen den Arbeiter, sondern dieser gegen ihn das Messer gezogen“. Dergleichen beobachtet dieser Aufseher auch gegenüber den Arbeiterinnen eine seltene „Höflichkeit“. Ausdrücke wie „alte Flickschachtel“, „dides Schwein“, „alte Sau“ z. gehörten bei diesem Beamten zu den geläufigsten Umgangsformen. Ja, es geht doch nichts über einen solch „humanen“ Aufseher, wie beider uns selbst darum.“

#### Königreich Sachsen.

**Zwickau.** In dem Prozeß der zum Streik ausgesparten Bergarbeiter gegen die Allgemeine Knapp- und Pensionskasse, auf Rückzahlung der Knapp- und Pensionskassenbeiträge betreffend, ist nun gegen das Urteil des Landgerichts zu Freiberg Berufung beim Oberlandesgericht zu Dresden angemeldet worden. Das Landgericht Freiberg ist auf den Stern der Klagefahne, ob das Pfenniggold am Ende zu werden weiß, gar nicht eingegangen, sondern hat zunächst nur die Kompetenzfrage behandelt, d. h. es hat darüber ein Urteil gefällt, ob die Klage vom Bergschiedsgericht abgelehnt werden kann oder ob auch die ordentlichen Gerichte hierfür kompetent sind. Die Kölner müssen sich darauf und glauben deshalb, daß die ordentlichen Gerichte über die Rückzahlung der fraglichen Beiträge zu befinden haben, obwohl es in der sächsischen Berggesetzesnovelle von 1884, in welcher den Bergschiedsgerichten ihre Aufgabe zugewiesen wurde, nicht ausdrücklich steht, daß dieselben auch über die Rückzahlung der Knapp- und Pensionskassenbeiträge zu entscheiden haben. Das Freiberger Gericht hat zwar entschieden, daß, trotzdem es nicht ausdrücklich in Gesetz erwähnt sei, doch die Rückzahlung dem Bergschiedsgericht allein unterstehe. Man darf daher gespannt sein, wie die oberen Instanzen (Oberlandesgericht und eventuell Reichsgericht) sich zu dieser Frage noch stellen. Der Termin vor dem Oberlandesgericht Dresden ist auf den 24. November vorgemerkt.

Mit dem Ausfahren aus Brückenweg IV wird die Anordnung immer größer. Auf dem Treibeboden ist zwar angeklagt, daß die Aufsichtsfahrt stets  $\frac{1}{2}$  Uhr und Nachmittags  $\frac{1}{4}$  Uhr beginnt, sie legt  $\frac{1}{2}$  Uhr ausfahren ob der Abends 8 Uhr erst einzuholen, ob lange vergessen. In der Arbeitsordnung steht zwar, daß die  $\frac{1}{2}$  Uhr  $\frac{1}{2}$  zeitig ist, aber die ist schon seit Jahren durch selbstverständliche Erfüllung der unnahabaren Werksleitung auf 12 Stunden hinuntergebracht. Sie dem, der noch 10 Minuten fahren will, alle 10 Finger möchte man aufrücken, wenn man auch nur eine Schicht noch 10 Stunden beenden will. Da, wenn wir wenigstens die zwölfständige Schichtzeit streng festgehalten würden. Aber auch da beginnen wir mit der Mannschaftsforderung nicht nach dem obengenannten Anschlag um  $\frac{1}{2}$  Uhr, sondern es wird meist  $\frac{1}{4}$  Uhr. So daß die Mannschaften, welche mit den ersten Gerütern ausfahren, erst um 8 Uhr den Werksplatz verlassen, sodass diejenigen, die mit den letzten Gerütern fahren müssen, erst nach  $\frac{1}{2}$  Uhr fortkommen. Es ist das einfach absurdos. Die Autorität der Verwaltung kennt keine Grenzen und die Kameradschaft findet nicht den Stich, nach dem verlorene Streit noch ein Wort zu sagen. Tatsächlich aber wahr! Aber giebt es denn keine Bergbehörde, die es sagt, die Herren an ihre Pflicht zu erinnern? Sicherlich das nicht, so liegt es an Euch, Kameraden, rastet Euch auf und wacht Euch wieder Euer Streit, Euer heiligtes Gut!

**Zwickau.** Wie folgezt die Interessen der armen Knapp-

schaftsinvaliden, meist von den Knapp- und Pensionskassen verwaltungen beachtet werden, hat man ja schon oft beobachten können und ist auch bei der Statutenänderung der Allgemeinen Knapp- und Pensionskasse für das Königreich Sachsen zu Beginn dieses Jahres wieder zu konstatieren. Es liegt den älteren Mitgliedern der vormaligen Oberhofhüttenorfer Knapp- und Pensionskasse gewiß noch im Gedächtnis, daß, als im Anfang der 80er Jahre der Stand dieser Kasse durch das ungünstige Verhalten einiger Werksverwaltungen nicht durch mangelhafte Verwaltung ein sehr trauriger war, sodass das wöchentliche Invalidengeld damals um ein Viertel reduziert wurde. Diese Reduzierung wurde damals auf alle die alten Invaliden mit ausgedehnt. Ebenso hat auch kurz vor Thoreschluß, wenige Wochen bevor die Allgemeine Knapp- und Pensionskasse für Sachsen gegründet wurde, noch Herr Bergarbeiter Berg, Zwicker, der von manchen Leuten als besonderer Arbeitfreund erklärt wird, in der damaligen Knapp- und Pensionskasse seines Werkes, des Zwicker Steinkohlenbauvereins eine Herabsetzung der damaligen Invalidengelder durchgesetzt, diese Herabsetzung wurde ebenfalls auf alle Invaliden ausgedehnt. So war es wohl immer. Jede Verschlechterung wurde auf alle schon früher pensionierten Mitglieder ausgedehnt, sie mißten sich eine Schmälerung ihres langeren Invalidengeldes gefallen lassen. Jetzt durch die Statutenänderung der Allgemeinen Knapp- und Pensionskasse im Januar d. J. sind nun die Invaliden gelber dieser Kasse in allen Klassen dadurch etwas erhöht worden, indem man den Grundbetrag der Kasse, welcher bis 31. Dezember 1899 für jede Kasse nur 60 Mark betrug, entsprechend dem etwas verbesserten neuen Invalidenversicherungsgeleis in den oberen 4 Klassen (Klasse 1—4) auf 70 bis 100 Mark erhöht. (Siehe S. 19 des neuen Statuts.) Diese Aufhebung der Invalidengelder hat aber die Kassenverwaltung bisher den alten Invaliden die vor dem 1. Januar 1900 schon in den Invalidenstand getreten sind, noch nicht mit zu Gute kommen lassen. Jede Verschlechterung sollte also die Invaliden unter dem hiesigen Ottohospital überführt werden. Arbeiter, welche kurz nach dem Unglück die Unfallstelle besichtigten, berichten, daß fragliche Strecke sehr brüchig aussieht und habe schon ein großer Teil Pluth dazu gehört, den verunglückten Seidel unter dem Schutt herauzarbeiten. Fortmährend habe es zwischen den nachstehenden Bauen gebrochen und seien auch Bruchmassen auf die Rettungsmannschaften während der Arbeit gefallen. Es wird berichtet, daß an der Brücke ungefähr acht Tage vor dem Unfall ein sogenannter Schuh ausgestoßen sei, dadurch seien die Bohlen unten frei geworden, welche der Druck, da dieselben nicht verpreßt waren, heruntergeschlagen haben müssen, auch die Kappen meistens gebrochen gewesen und dadurch ist der plötzliche Zusammenbruch von 8 Bauen möglich gewesen. Und uns, sowie jedem praktischen Bergarbeiter ist es klar, daß die Strecke in einem schlechten und brüchigen Zustande gewesen sein muss, eben wenn dieselbe gut verbaut war, so konnte sie nicht so plötzlich zusammenbrechen. Die Brücke ist also acht Tage vorher gestorben, warum wurden dabei nicht auch die Bäume verpreßt? Der jede Schicht durchfahrende Steiger muss doch auch die Gefährlichkeit einer solchen brüchigen Stelle sehen, wenn ihm der Arbeiter auch nicht gerade darauf aufmerksam macht. In den meisten Fällen getraut es sich aber der Arbeiter gar nicht, denn derjenige, der mit dem Verlangen nach Ablösung solcher Mängel, modisch unter Umständen eine Förderungseinrichtung notwendig ist, kommt, wird immer mit schlechten Augen angesehen, oder man schreibt ihm bei Gelegenheit ab. Nur auf anderen Strecken des betreffenden Reviers (Ottfeld) soll es nicht zum Besten aussehen. Auch dieser Fall schreit wieder nach Reform der Grubenkontrolle. Man sollte meinen, angefischt der immer wiederkehrenden Unglücksfälle müßten die Bergbehörden und Regierungen endlich zu der Einsicht kommen, daß eine schärfere Grubenkontrolle unabdinglich notwendig ist. Aber auch die Bergarbeiter sollten dieser Forderung immer mehr Nachdruck verleihen, indem sie sich alle dem deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verband anschließen.

Meinung besonders beweisen zu wollen, daß sie allein nur „Herr im Hause“ ist und die „frivol streikenden Arbeiter“ der „gerechten Straße“ nicht entgehen dürfen. Ferner forderte der Vorsitzende alle auf, doch nun endlich einmal zur Einsicht zu kommen, die vielen Klim-Bim-Vereine zu meiden und sich der Organisation, dem deutschen Bergarbeiterverband anzuschließen. Ein großer Theil Bergarbeiter meint sich auch zum Verband an.

**Eugau.** Ein Mahnrruf an die hiesigen Kameraden. Das Interesse eines großen Theiles unserer Verbandsmitglieder an unserer gemeinsamen Sache läßt in mancher Hinsicht noch viel zu wünschen übrig. Auch muß das Solidaritätsgefühl besser gepflegt werden. Viele persönliche Kritiken gefährden unsere Organisationsbefreiungen. Diese müssen aber angefischt unserer allgemeinen Verhältnisse möglichst gefördert werden. Bedenkt, wie notwendig eine Verkürzung der Arbeitszeit ist. Nicht minder ist mit Rücksicht auf die erhöhten Miet- und Lebensmittelpreise eine entsprechende Lohn erhöhung notwendig. Der guten Geschäftslage und bald auch in unserem Berufe die Tage gezählt. Die Versuche nach weiterer Verschlechterung unserer allgemeinen Lebenslage seitens der Werksbesitzer werden nicht ausbleiben. Wir müssen aber allen kommenden Gefahren einen wirksamen Dammm entgegen setzen können. Dazu bedarf es unbedingt einer starken Organisation. Stärkt also unsern Verband; vermeidet alles, was uns in diesem Bestreben schädlich ist. Kameraden, beherzigt die wenigen Worte.

**Döbeln.** Am Donnerstag, den 18. September ging auf dem „Hedwigsbach“ die Ortstraße Nr. 82 auf 6 Bauwerken und unmittelbar vor Ort zu Bruch; vor Ort blieb nur ein Bau stehen. Der Hauer Seidel wurde von der herrenbrechenden Masse verschüttet und konnte erst nach ca. dreißig Minuten anstrengter Arbeit aus seiner gefährlichen Lage zwar noch lebend hervorgezogen werden, doch mußte er dem hiesigen Ottohospital überführt werden. Arbeiter, welche kurz nach dem Unglück die Unfallstelle besichtigten, berichten, daß fragliche Strecke sehr brüchig aussieht und habe schon ein großer Theil Pluth dazu gehört, den verunglückten Seidel unter dem Schutt herauzarbeiten. Fortmährend habe es zwischen den nachstehenden Bauen gebrochen und seien auch Bruchmassen auf die Rettungsmannschaften während der Arbeit gefallen. Es wird berichtet, daß an der Brücke ungefähr acht Tage vor dem Unfall ein sogenannter Schuh ausgestoßen sei, dadurch seien die Bohlen unten frei geworden, welche der Druck, da dieselben nicht verpreßt waren, heruntergeschlagen haben müssen, auch die Kappen meistens gebrochen gewesen und dadurch ist der plötzliche Zusammenbruch von 8 Bauen möglich gewesen. Und uns, sowie jedem praktischen Bergarbeiter ist es klar, daß die Strecke in einem schlechten und brüchigen Zustande gewesen sein muss, eben wenn dieselbe gut verbaut war, so konnte sie nicht so plötzlich zusammenbrechen. Die Brücke ist also acht Tage vorher gestorben, warum wurden dabei nicht auch die Bäume verpreßt? Der jede Schicht durchfahrende Steiger muss doch auch die Gefährlichkeit einer solchen brüchigen Stelle sehen, wenn ihm der Arbeiter auch nicht gerade darauf aufmerksam macht. In den meisten Fällen getraut es sich aber der Arbeiter gar nicht, denn derjenige, der mit dem Verlangen nach Ablösung solcher Mängel, modisch unter Umständen eine Förderungseinrichtung notwendig ist, kommt, wird immer mit schlechten Augen angesehen, oder man schreibt ihm bei Gelegenheit ab. Nur auf anderen Strecken des betreffenden Reviers (Ottfeld) soll es nicht zum Besten aussehen. Auch dieser Fall schreit wieder nach Reform der Grubenkontrolle. Man sollte meinen, angefischt der immer wiederkehrenden Unglücksfälle müßten die Bergbehörden und Regierungen endlich zu der Einsicht kommen, daß eine schärfere Grubenkontrolle unabdinglich notwendig ist. Aber auch die Bergarbeiter sollten dieser Forderung immer mehr Nachdruck verleihen, indem sie sich alle dem deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verband anschließen.

#### Überbergamtssbezirk Dresden.

**Waldenburg.** Wir stehen an den Wahlen unserer Tage! Bald muß das Ende der Welt eintreten. Es wird immer fröhlicher in unserem armen Deutschland. Die leichten Bände frommer Scheu lösen sich, alles schreit nach Revolution. Aber ist es nicht schrecklich, wenn nun sogar der „reichstreue“ Feierabend folgenden Einsatzspruch Bürger's seinen harmlosen Lesern bietet:

„Viel Klage hört' ich oft erheben  
Vom Hochmuth, den die Größe habt;  
Der Große Hochmuth wird sich geben,  
Wenn eure Krieger ei sich giebt.“

Bohni soll das führen! Der „Feierabend“, das Organ der „reichstreuen“ Bergarbeiter, die keine Versammlung vorübergehen lassen, ohne Seiner Durchlaucht des Fürsten Pluh“ ehrfürchtig vorerst band zu gebeten, dieser „Feierabend“ fordert jetzt auf, die Krieger ei daran zu geben. Wie wir hören, will Herr Weiteraufseher Schmidt den „Feierabend“ gerüchtig verklagen. Hoffentlich bleibt es aber bei dem alten, traurigen Verhältnis.

**Fellhammer.** Trotz verschärfter Bergpolizeiverordnungen trockt Unfallberichtsvorchriften, trotz Einstellung von Bergengesetzen mehrern sich die Unfälle im deutschen Bergbau. Auch die Erkrankungsrisiken der Bergarbeiter steigt fortwährend. Wie ist das möglich? Ganz einfach, weil ein großer Theil jener Vorchriften für die Herren Grubenbeamten nur auf dem Papier steht, was wir im Nachfolgenden gleich nachweisen werden. Nach der Bergpolizeiverordnung vom 1. Juli 1900 § 178 ist der Abteilungssteiger verpflichtet, bei Schiebarbeit für das nötige Belegschaftsmaterial zu sorgen. Geschicht das überall auf den Gruben? Gießt man den Arbeitern Letten oder Sudeln zum Besatz? Wie steht's ferner mit der Befolgerung des § 226, Errichtung von Badeanstalten? Höchst traurig besteht ist es auch mit der Beachtung des § 227, Verpflegung mit Trinkwasser. Selbst besondere Vorchriften für Schlagwettergruben scheinen nicht befolgt werden zu können. § 125, Reserve-Sicherheitslampen usw. Ganz alltäglich kann man auf Schles., Kohlen- und Rötswerke beobachten, daß Bergleute, denen die Lampe verblökt oder der Cylinder gebrochen ist, ohne Feuer zu Tage fahren, um sich eine andere Lampe zu holen.

**Lauenhütte.** Schon wieder sind wir gezwungen uns mit der „Gräfin Lauragrube“ zu beschäftigen. Die Wagen werden zu wenig geschmiert, die allermeisten nur einmal im Monat. Wenn die Schlepper sich die ganze Schicht mit solchen schlecht geschmierten Ketten herumgezogen haben, so schleppen sie sich sozusagen nach Hause. Warum müssen sich diese Leute denn so abmühen? Die Wagenräder sind doch nicht so rot und teuer, um die Kästen nur einmal im Monat schmieren zu können. Wenn der Einsfahrer kommt, so wird genöthig des Morgens bei der Ansicht der Arbeitern mitgetheilt, heute kommt der Einsfahrer, alles am Verbauen gehn, sobald jede Arbeit vorschreifmäßig vergründet ist. An den anderen Tagen heißt es Kohlen, Kohlen und das Verbauen wird nach der Schicht befohlen. Wie kommt es auch mit der Beleuchtung? Höchst traurig besteht ist es auch mit der Beachtung des § 227, Verpflegung mit Trinkwasser. Selbst besondere Vorchriften für Schlagwettergruben scheinen nicht befolgt werden zu können. § 125, Reserve-Sicherheitslampen usw. Ganz alltäglich kann man auf Schles., Kohlen- und Rötswerke beobachten, daß Bergleute, denen die Lampe verblökt oder der Cylinder gebrochen ist, ohne Feuer zu Tage fahren, um sich eine andere Lampe zu holen.

**Schwarzhütte.** Schon wieder sind wir gezwungen uns mit der „Gräfin Lauragrube“ zu beschäftigen. Die Wagen werden zu wenig geschmiert, die allermeisten nur einmal im Monat. Wenn die Schlepper sich die ganze Schicht mit solchen schlecht geschmierten Ketten herumgezogen haben, so schleppen sie sich sozusagen nach Hause. Warum müssen sich diese Leute denn so abmühen? Die Wagenräder sind doch nicht so rot und teuer, um die Kästen nur einmal im Monat schmieren zu können. Wenn der Einsfahrer kommt, so wird genöthig des Morgens bei der Ansicht der Arbeitern mitgetheilt, heute kommt der Einsfahrer, alles am Verbauen gehn, sobald jede Arbeit vorschreifmäßig vergründet ist. An den anderen Tagen heißt es Kohlen, Kohlen und das Verbauen wird nach der Schicht befohlen. Wie kommt es auch mit der Beleuchtung, das Beamten es des Morgens früh schon wissen, daß im Laufe der Schicht der Einsfahrer kommt. Eine vorher angelegte Revision verfehlt fast jedesmal ihren Zweck. Die betreffenden Arbeiten, wo es z. B. an genügender Hitzeunterstützung fehlt, lassen sich in kurzer Zeit ordnungsmäßig herstellen. Und wenn auch mal kein Kosten überbrückt wird. Es werden dann keine Kosten gescheut, selbst wenn vor einzelnen Arbeitsstellen die doppelte Anzahl Leute arbeiten müssen, um alles in Ordnung zu bringen. Den Einsfahrer müßte es von der Bergbehörde verboten werden, sich vor der Kontrolle anzumelden.

#### Briefkästen.

**B. Altwasser.** Deine Notiz betr. den zu wenig erhaltenen Lohnbetrag von 3 Mark können wir vorläufig nicht aufnehmen; Du mußt uns erst berichten, ob der Schlepper sich beim Steiger deswegen beschwert hat oder nicht; das geht aus Deiner Notiz nämlich nicht hervor. Es kann da ja auch ein Irrthum zu Grunde liegen.

**B. B. Helmstedt.** Ein Deinem vorliegenden Bericht war ja zum großen Theil dasselbe gefaßt worden, was Du in Deinem letzten Eingang wiederholst. Ein Abbdruck desselben ist daher nicht am Platze. Einige Theile therben wir Dir mit, daß in drei Wochen in vorliegender Gegend der Kamerad Fr. Langhorst in einigen Versammlungen referieren wird, bei welcher Gelegenheit dann auch die verschiedenen anderen Anlässe berücksichtigt werden können. Die Redaktion.

# Unterhaltungsteil der „Berg- und Hüttendarbeiter-Zeitung“.

Nacht.

er Tag erlischt, die Gluth verloht,  
Märzdrossel flöset im Abendrot.  
Wehmüthig singet die Melodei,  
Ich denke an Sterben und Tod dabei.

Ich denke dabei an Sterben und Tod,  
Der Tag erlischt, die Gluth verloht.  
Ein Zucken noch, ein Flackerchein,  
Dann bricht die dunkle Nacht herein.

Erlöschen Alles und verglüht!  
Auch meine Seele fühlt sich müd —  
Vielleicht umhüllt sie schon sacht  
Der dunkle Flor der langen Nacht. —

„Der Unglückliche!“ sagte der Großmeister, ihn mit einem Blick des Mitleids betrachtend. „Du siehst, Konrad, wie unsere heilige Aufgabe dir bestimmt ist. So weit kann der leichtfertige Blick eines Weibes unter Beihilfe des Kürsten der bösen Geister einen tapferen, wütigen Mitter bringen! Er kann uns nicht ansehen — auch Rebekka nicht, und gewiß zwingt ihr böser Einfluss ihn, diese kabbalistischen Geisten zu ziehen! — Vielleicht ziehen sie gegen unser Leben — doch wir trocken nach diesen leisen Worten sprach der Großmeister laut zu der Versammlung:

„Ehrwürdige und tapfere Männer, Mitter und Präceptoren, Brüder und Kinder! — Auch Ihr, edelgeborene und fromme Knappen, die Ihr danach strebt, dieses heilige Kreuz zu tragen! — Und auch Ihr, christliche Brüder jedes Ranges und jedes Standes! — Wisset, nicht Mangel an Macht ließ uns diese Versammlung berufen, denn, so unmittelbar unsere Person, so ist uns doch mit diesem Stab volle Gewalt verliehen, in allen unsern heiligen Orden betreffenden Dingen Urtheil zu sprechen und zu vollziehen. Der heilige Bernhard sagt in seinem Werk über es sei dem freien Ermessens des jeweiligen Großmeisters überlassen, wann und wo er das ganze Ordenskapitel oder einen Theil versammeln möge. In solchen Ordensversammlungen ist es dann unsere Pflicht, den Rat unserer Brüder anzuhören und dann nach eigenem Gutdünken zu entscheiden. Allein, wenn der Wolf in die Heerde eingedrungen ist und eins ihrer Glieder entführte, ist der Schäfer verpflichtet, alle seine Kameraden zusammen zu rufen, damit sie den Raubtier mit vereinten Kräften überwinden gemäß unserer bekannten Regel, der Vater sei immer besieghbar. Wir haben daher eine Jüdin vor unserem Richterstuhl gerufen, ein Weib Namens Rebekka, Tochter des Juden Isaac von York; welche künftig sie das Blut und Hirn eines Mannes erhöhte und befehlte! Nicht eines Bauern — nein, eines Ritters —; nicht eines Bruders sondern eines Präceptors unseres heiligen Ordens! Unser Bruder Brian von Vois-Guilbert ist uns allen als wahrer, ehrwürdiger Mitter des heiligen Kreuzes bekannt, dessen tapferer Arm manche Heldenat in heiligen Land vollbracht und manche Feier erschlug. Auch die Weisheit und Klugheit unseres Bruders sind eben so anerkannt, wie sein Mut und seine Disziplin; so daß die Mitter im Osten und Westen Vois-Guilbert als einen Templer bezeichneten, der Anstrich erheben dürfe an diesen Stab, wenn es dem Himmel einst gefällt, uns von den Sorgen der Erde zu erlösen. Hören wir nun, daß ein verdächtiger, gescheiter und ehrwürdiger Mann plötzlich alle Mitterlich zu einem jüdischen Mädchen gefestigt, in dieser bestechenden Gesellschaft einzige Begenden reist, ihre Person mit Hinterschaltung seiner eigenen Sicherheit vertheidigt und sie endlich in unglaublicher Verblendung sogar in eins unserer Ordenshäuser bringt — was können wir sagen, als der edle Mitter sei von einem Geist besessen oder stehe unter einem Zauberbaum? — Könnten wir Anderes vermutzen, so würde nicht Mung und Tapferkeit, mehr sein hoher Ruf, noch irgend das das Böse weichen müßte, wie die Schrift sagt: auferste malum ex vobis. Den zahlreich und jammernswert sind die Überschreitungen unserer heiligen Ordensregeln in dieser ungeligen Geschichte. — Erstens trat er aus eigenem Willen in Widerspruch mit Kapitel 38, quod nullus iuxta propriam voluntatem incusat. — Zweitens hielt er Verkehr mit einer excommunicirten Person, Kapitel 57, ut fratres non participant cum excommunicatis, und hat darum Theil an dem Automa thema Maranathu. — Drittens. Er führte Gespräche mit fremden Weibern gegen die Vorschrift, ut fratres non conversantur cum extraneis mulieribus. — Viertens. Er vermied nicht, ja er suchte sogar den Kontakt eines Weibes, durch den, wie die letzte Ordensregel sagt — ut fugiantur oscula — die Mitter des Kreuzes in Reze und Schlügen fallen. Dieser hassenwürdigen und vielfachen Sünden wegen sollte Brian von Vois-Guilbert von unserm Orden losgetrennt und ausgestoßen werden, und wäre er sein rechter Arm und seine rechte Hand.“

„Er hieß eine Weise inne und nahm dann unter tiefem Schweigen der Versammlung wieder das Wort.“

„Und nun, Brüder,“ fuhr der Großmeister fort, „wollen wir die Jüdin aburtheilen. Wer eine Aussage über sie, ihr Leben und Thun zu machen hat, der trete vor.“

Im Hintergrund des Saales entstand eine Bewegung, und als der Großmeister nach ihrer Ursache fragte, stellte es sich heraus, daß sich von der Jüdin durch einen wunderkräftigen Balsam wieder zum vollen Gebrauch seiner Glieder gebracht worden war.

Man schleppte den armen Vater, einen Sachsen von Geburt, vor die Schranken. Ganz geheilt schien er nicht, denn er ging an Krücken.

Er gab seine Aussage nur ungern und unter vielen Thränen ab, gab jedoch zu, er sei vor zwei Jahren, als er in York als Schneider für

den reichen Juden Isaac arbeitete, von einer plötzlichen Krankheit befallen worden; dann sei er bettlägerig geblieben, bis die von Rebekka ihm den Gebrauch der Glieder in gewissem Grade zurückgegeben habe.

Schließlich hatte sie ihm noch einen Krug dieser künstlichen Salbe und ein Stiel Gelb gegeben, bevor er zu seinem in der Nähe von Templeton wohnenden Vater zurückkehrte.

„Und, erlaubt, Ehrwürden,“ lagte der Mann, „ich glaube nicht,

dass das Mädchen Böses mit mir vorhatte, obwohl es so ungünstig ist,

eine Jüdin zu sein. Denn während ich ihren Balsam auflegte, sprach ich mein Paternoster und Glaubensbekennnis, und erthat dennoch seine Wirkung.“

„Stil, Sklave, und fort mit Dir!“ sagte der Großmeister. „Es

sieht doch einem Tölpel ähnlich, seine Arbeit den unglaublichen Kunden zu verdingen! Ich sage Dir, der Satan ruft öfter Krankheiten her vor, um sie dann heilen zu können und dadurch irgend ein Heilmittel in Ruf zu bringen. Hast Du die Salbe zufällig bei Dir?“

Der Bauer zog mit zitternder Hand eine Blüte aus der Tasche,

auf deren Deckel einige hebräische Buchstaben standen, welche einem großen Theile der Anwesenden als deutlicher Beweis galten, der Teufel habe den Apotheker geplündert.

(Fortsetzung folgt.)

## Jeanhoe.

Roman von Walter Scott.

(56. Fortsetzung.)

„Wüldchen,“ entgegnete Konrad, „Du hast nicht zu fragen, sondern Richterstuhl des Großmeisters unseres Ordens geführt wirst, um Dich für Deine Missionsarbeiten zu verantworten.“

„Gelobt sei der Gott Abraham's!“ rief Rebekka aus, „ein Richter, wenn auch ein Feind meines Volkes, gilt mir so viel als ein Beschützer. Gern folge ich Dir also — doch erlaubt mir erst, den Schleier um mein Haupt zu legen.“

Bald standen sie in der Halle, in welcher der Großmeister seinen Gerichtssitz aufgeschlagen hatte.

Der untere Raum dieses großen Gemaches war mit Knappen und Freiwilligen gefüllt, welche der von dem Präceptor und Mont Fitchet herbeigeführten Rebekka mit Mühe Platz machen konnten. Als sie so hand gedrückt, den sie fast unbewußt nahm und ungelesen in der Hand hielt.

Der Gedanke, einen Freund unter diesen Menschen zu haben, ermutigte sie, sich umzusehen, und da wurde ihr der Anblick, welchen in folgenden Kapitel beschrieben wollen.

### Stebernunddreihundertstes Kapitel.

Das zum Berhör der beobachteten Rebekka bestimmte Tribunal befand sich auf dem „Hochsitz“ welcher schon früher als der Ehrenplatz jedes alten Hauses geführt wurde.

Auf einem erhöhten Sitz, der Angeklagten gerade gegenüber, saß der Großmeister in weichen, wallenden Gewändern, den gehemnsamen Herrscherstab des Ordens in der Hand. Au dem zu seinen Füßen errichteten Tisch saßen zwei Kapläne des Ordens als Schreiber, die das Protokoll führen sollten.

Die schwarzen Kleider, die Tonsuren und demütigen Mienen dieser Kirchdiener bildeten einen auffallenden Gegensatz zu der kriegerischen Erscheinung der Ritter, welche teils diesem Kapitelsaal, teils dem Gefolge des Großmeisters angehörten. Die vier anwesenden Präceptoren saßen auf etwas niedrigeren Stühlen hinter ihrem Vorgesetzten; die Ritter nahmen Bänke ein, die wieder eine Stufe niedriger und mehr rückwärts angebracht waren, als die der Präceptoren. Hinter diesen endlich, aber immer noch auf dem Dais standen die Knappen des Ordens in weichen einfachen Gewändern.

Alle Anwesenden machten die feierlichsten Mienen, in den Blitzen der Lampen vereinte sich kriegerischer Mut, gepaart mit dem würdevollen Wesen, welches Männer geistlichen Standes zeigte und in Anwesenheit des Großmeisters auch bei keinem der Ritter fehlte.

Der unterste Raum der Halle war gedrängt voll von Wachen und anderen Leuten, welche die Neugier herbeigeführt hatte, den Anblick eines Großmeisters und einer Hege zu genießen. Bestand auch die Mehrzahl aus Ordensangehörigen, so hatte man doch auch Landleute zugelassen, denn Beaumanoir sah seinen Stolz darin, sein Richteramt so öffentlich als möglich auszuüben.

Seine blauen Augen, seine Miene strahlten von selbstbewußter Würde und von Genugtuung über das eingebildete Verdienst der Stolle, welche er spielen wollte.

Ein Psalm leitete die Verhandlung ein und Beaumanoir hieß die zustimmten pflegen, bevor sie den Kampf mit irdischen Gegnern aufnahmen, für eine passende Einleitung des Triumphes über die Mächte der Finsterniß.

Nach diesem Gesang ließ der Großmeister sein Auge langsam im Kreise umher wandern, wobei er bemerkte, daß der Sitz eines Präceptors leer war. Vois-Guilbert, welcher ihn eingenommen hatte, stand jetzt am äußersten Ende einer der von den Templern eingenommenen Bänke; eine seiner Hände hielt den langen Mantel, die andere sein in der Scheide steckenes Schwert, mit dessen Spitze er langsam Linien über den Eichenfußboden zog.

Daran ist nichts Wunderbares. Das Thier flüchtet, wennemand eintritt, in die Ecke des Käfigs.

Gehst man auf das Thier zu, so sucht es zu enttoxischen. Es genügt, dem Löwen einen Weg zur Seite zu lassen, sonst wird man angefallen. So verfolgt man das Thier von einer Ecke in die andere. Wie ein Kind ist, sieht der Löwe in jerner Angst hinweg. Die Vorführung des Thieres muß der Dompteur mit Sokrates' dramatisch gestalten, er muß mit der Peitsche knallen, aber jeder macht es ihm nach. Eine Farce ist der energische Blick des Thierbändigers, denn Löwen ist es höchst gleichgültig, ob er angegraut wird oder nicht.

Schweine werden mit der Peitsche dressiert, auf Überredung hört das Thier wenig. Man lehrt sie balancieren, apporieren, belohnt sie durch Zucker und Mandarfen.

Gepfeist können sie werden. Es thut ihnen nicht allzu wehe. Das

Wildschwein ist schwer zu dressiren, es entwicht zwischen den Füßen; man flüttet es mit der Hand, bis es zutraulich wird. Reptilien sind leicht zu dressiren. Sie finden besonders Wohlgefallen an der Musik. Durch das Spielen eines Instrumentes lockt man sie zu sich, sie besitzen viele Anhänglichkeit. Die Pythonschlangen sind es, die sich die

Gefährten um den Leib winden. Es sind sehr harmlose Thiere. Wenn eine

Mundharmonika gespielt wird, kommen sie sehr erfreut aus ihrem Käfig

hervor. Die Dressur der Fliegen (?) ist ebenfalls sehr leicht, man

fängt sie und alle Kunststücke, die sie machen, geschehen, indem man

mit einem Stückchen glühender Kohlen hinter ihnen her ist, da laufen

sie freilich davon und ziehen den Wagen, vor dem sie gespannt sind.

Dies und Anderes erzählt Hachet-Souplet in seinem „lehrreichen“

Buch.

einen geborenen Russen, der auf schweizerischen Universitäten seine wissenschaftliche Bildung erlangt und in weiteren Kreisen Deutschlands sich einen geachteten Namen erworben hat, im Jahre 1899 eine Forschungsreise durch das Hungergebiet zu machen.

Die Ergebnisse dieser Reise sind in dem nunmehr vorliegenden

Werke niedergelegt. Das Studium derselben dürfte für alle Ethnologen, Soziologen, Statistiker, Finanzleute, Nationalökonomen,

Ärzte und Andere von großem Interesse sein; die ungeschickte,

gerade Sprechweise der beiden Autoren wird sicher bei jedem einen tiefen Eindruck hinterlassen — in der Darstellung ergänzen sich Arzt

und Nationalökonom.

**Der Arbeitsmarkt.** Halbmonatsschrift der Centralstelle für

Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Fästrow) Berlin, Verlag

von Georg Metzler. Die als Organ des Verbandes deutscher Ar-

beitsnachweise“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 24 des 3.

Jahrganges unter anderem: Mundschau über die Lage des Arbeits-

marktes. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Landwirt-

chaft (Geutenroth in Preußen), Maschinen gegen Konkurrenz;

Steine und Erdien (Cementindustrie); Metalle und Maschinen (Die

Hamburger Ausperteitung); Textilgewerbe (Bewegung der Wöhne 1898

bis 1899 im Bezirk Münster i. W.); Bekleidung (Kongress der

Schneider in Halle a. S.). Baumwolle (Rohstoffe in 1898).

— Situationsberichte aus Plätzen und Ländern: Münchener Gladbach; Schweiz. — Statistisches Monatsmaterial: Wetterbericht;

Arbeitsnachweise; Krankenfassen; Streifverzeichniß für Deutschland;

Österreich-Ungarn, Schweiz. — Berichtung der Arbeitsnachweise;

Statistik der kommunalen Nachweise in Preußen; Weiterentwicklung

der Arbeitsvermittlung in Bayern; Stellenbesetzung durch kau-

männische Vereine. — Literarische Mitteilungen.

**Achtung! Mitglieder der Zahlstelle Herne.**

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, und bitte, dies dringend zu beachten, daß ich in Gemeinschaft mit den betreffenden Boten an

zum nächsten Tag, sämtliche rückständigen Beiträge sowie

auch den Beitrag für den Monat September einzuläsen werde

und zwar am:

**Donnerstag, 27. September: Stadt Herne (Botenbezirk**

der Frau Schmelzer);

**Freitag, 28. September: Herne, Niemle, Holzhausen** (Bezirk der Frau Wellmann), Baulau;

**Samstag, 29. September: Sodingen, Börning und**

**Holthausen.**

Bitte also das Geld und die Bücher bereitliegen zu lassen. Alle

Rückstände müssen dann unbedingt beglichen werden.

Franz Adams, Vertrauensmann.

## Gingesandte Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diets Verlag) ist soeben das 51. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Jubiläum heben wir hervor: 1. Zegn Jahren. — Die „deutsche Wissenschaft“ hinter den Arbeitern. Von Rosa Luxemburg. — Die weibliche Lohnarbeit und ihr Einfluß auf die Sittlichkeit und Kriminalität. Ein nachträglich Beitrag zu der Herne. Von Georg S. — Marie von Götz-Eisenbach. Zum siebzigsten Geburtstage. Von Dr. O. Bach. — Literarische Rundschau: Die deutsche Volkswirtschaft am Schluß des neunzehnten Jahrhunderts. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Von Otto Kretschmar. — Feuilleton: Die Gründidee von Tolstoi's „Auferstehung.“ Von L. Uelrod. (Schluß).

Im Verlag von F. H. Wiegels Nachs. ist soeben ein neues, hochinteressante Werk über Russland erschienen unter dem Titel: **Das hungrende Russland.** Reiseerindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. C. Lehmann und Parus.

Aus dem Prospekttheilen wir Nachstehendes mit:

Die im Jahre 1898 stattgehabte Hungersnoth in Russland, die auch im Jahre 1899 ihre Fortsetzung fand und chronisch zu werden droht, veranlaßt den Arzt Dr. C. Lehmann in München und Parus,

